

Bezugspreis: Vierteljährl. 3.- M., monatl. 1.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Wittwoch, den 6. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Das Elend in Polen.

Krieg der von politischer Seite rigoros durchgeführten Grenzsperr...

In der Tat ist die Not bei der unglaublichen Teuerung eine furchtbare...

Diese Ursachen sind Arbeitslosigkeit und Lebensmittelmangel...

Dazu die ungeheure Lebensmittelmangel, deren Folgen wiederum unerschwingliche Preise sind...

Wie kann der polnische Arbeiter, der 3 M. täglich Arbeitslosenunterstützung erhält...

Am schlimmsten ist es aber noch mit dem Wohnungswucher...

Wenig besser ist die Lage der Arbeiter, denen es gelungen ist...

Eine soziale Fürsorge des Staates kennt man in Polen überhaupt nicht...

Man denke nicht, daß dieser Zustand der Entrechtung nur für das ehemalige russisch-polen Gebiet hat...

haben, wolgt man die mittleren und unteren Beamten...

Hier ein paar Beispiele: Der Bürgermeister von Posen...

Das im Laumel der Freude über die nationale Selbständigkeit...

Die Sozialdemokraten Posens, Polen und Deutsche, haben gegen diese Lotterwirtschaft protestiert...

Die damals in Posen residierenden Entente-Kommissionen konnten sich ein schönes Bild von der politischen Krise...

Unbeschwert vom Verständnis für die Leiden der arbeitenden Klasse...

Mit anderen Worten: der ober-schlesische Arbeiter soll mit seinem Schweige...

Das ist auch der wohlwollende Zweck des Karsantyschen Manifests...

Englands Kohlennot.

Nach englischen Proberichten zu schließen, scheint es in Großbritannien Leute zu geben...

England hat uns im letzten Friedensjahr 9,20 Millionen Tonnen Steinkohlen zugeführt...

Englands wirtschaftliche Nachstellung beruht auf einer hohen Kohlenförderung...

Wir können diese Lieferungen (zusammen 43 Millionen Tonnen jährlich) bei weitem nicht ausführen...

Ein Kind muß demnach einsehen, daß Deutschland ein Lebensinteresse auch an der Erhöhung der englischen Kohlenförderung hat...

Es ist nun für uns von außerordentlichem Interesse, aus der englischen Presse Näheres über den englischen Förderrückgang...

Tatsächlich werden in England wie in Deutschland die selben betriebstechnischen und sozialpolitischen Ursachen...

bahnwagen für den Abtransport. Die ganze Betriebs-  
maschinerie sei technisch in Rückstand geraten. Und wir ver-  
nehmen die Klage aus englischen Arbeiterkreisen, die  
Grubenbesitzer übten passive Resistenz, um auch  
auf diese Weise die öffentliche Meinung gegen die Ueberfüh-  
rung des Bergbaus in die Staatsverwaltung zu beeinflussen.

Zu diesen antisozialistischen Agitationsmitteln rechnen  
die Bergarbeiter auch die gegen ihren Willen von der Rege-  
rung dekretierte Erhöhung des Kohlenpreises um sechs  
Schilling. Der von den Arbeitervertretern in der zwecks  
Untersuchung der Bergbauzustände eingesetzten „Königlichen  
Kommission“ (Vorsitzender Richter Sankel) erstattete Sonder-  
bericht kritisiert die verhältnismäßig schlechte Entlohnung  
der Bergleute, die sich während des Krieges im Interesse des  
Landes größerer Lohnbewegungen enthalten hätten. Die  
Lebenskosten seien stärker als die Löhne gestiegen, die wirt-  
schaftliche Lage der Arbeiterklasse habe sich daher verschlechtert.  
Vor dem Kriege betrug der Unternehmergewinn pro Tonne  
1 Schilling, er stieg 1918 bis auf 3 Schilling 6½ Pence.  
Daher fordern die Arbeiter namhafte Lohn-  
erhöhungen, ohne daß deswegen die Kohlenpreise er-  
höht werden sollen. Sie fordern die Beseitigung des  
Privatunternehmertums im Bergbau.

Man braucht in manchen Verichten nur statt „englischen“  
„deutschen“ Kohlenbergbau zu setzen: fast genau die-  
selben Klagen über betriebswirtschaftliche und sozial-  
politische Mißstände, wie sie uns durch die englische Fachpresse  
aus dem Bergbau des Inselreichs übermittelt werden, kann  
man in unserer Fachpresse auch über den deutschen Bergbau  
lesen. Also muß es sich doch hier um Uebelstände handeln,  
die mit Staatsverfassungsfragen und politischen Umwäl-  
zungen nichts zu tun haben, sondern als wirtschaftliche  
Folgen des langen Krieges mit seinem  
Raubbau an Menschen und Dingen gelten müssen.  
Wird man sich darüber alleseitig klar, dann müssen sich auch  
die Wege zur Besserung erkennen lassen.

Förderrückgang und Kohlennot überall!  
Im russischen Donzbecken ging die Förderung 1919 um  
50 Proz. gegen 1918 zurück. Frankreich, Belgien,  
Dänemark und Galizien melden fallende Kohlenförde-  
rung. Polnische Blätter schildern die Kohlennot in den  
schwarzesten Farben. Der polnische Landtag beschloß am  
10. Juli im Dombrowabekken das Dreischichtensystem,  
innerhalb 24 Stunden, einzuführen; es gilt also dort die  
Achtstundenschicht, während wir in Oberschlesien die  
7- bis 7½stündige Schicht haben. Eine Schichtverkür-  
zung werden die ober-schlesischen Bergleute,  
wenn sie polnische Staatsbürger werden, also nicht zu  
erwarten haben.

In Monarchien, in demokratischen und auch in proletari-  
schen Reipubliken ging die Kohlenförderung total und  
pro Kopf zurück. In Rußland und in Ungarn suchte man  
das durch Androhung empfindlicher Disziplinarstrafen, auch  
durch Aufhebung der Freizügigkeit der Bergarbeiter zu ver-  
hindern. Es half nicht. Woraus zu ersehen ist, daß wir es  
hier mit einem wirtschaftlichen Vorgang zu tun haben, der  
durch eine bestimmte Staatsverfassung, sei es auch des aller-  
radikalsten Mätereimement, nicht aus der Welt geschafft wird.  
Die Bestürmer von allerradikalsten staatspolitischen Al-  
leinstmitteln übersehen ja auch vollständig, daß aus natürlichen  
und betriebstechnischen Gründen in den alten Bergbaube-  
zirken so gut wie allgemein — schon vor dem Kriege — die  
Förderung pro Arbeiter eine sinkende Tendenz aufweist.  
Diese abzuschwächen, wenn man sie nicht durch Erschließung  
neuer, kohlenreicher Gruben aufheben kann, was immer  
schwerer wird, das ist die Aufgabe der internationalen Kohlen-  
wirtschaft. Dazu muß eine rationelle Ausnutzung der ge-  
förderten Kohle treten.

In England klagen die großen Eisen-, Stahl- und  
sonstigen Metallindustrien, Textilindustrien, die Eisenbahnen,  
die Gas- und Elektrizitätswerke, der Schiffbau, die Schiffahrts-

gesellschaften usw. über einen Kohlenmangel, der bald größte  
Verlust zum Stillstand nötigen würde. Der Hausbrand ist so  
schlecht versorgt, daß im Winter katastrophale Ere-  
ignisse befürchtet werden. Genau wie bei uns, nur  
daß unsere Ausichten wahrlich noch  
schlimmere sind! Amerikanische Kuscheln kann bei der  
gewaltigen Größe der europäischen Fehlmengen bei weitem  
nicht ausreichend beschafft werden, schon wegen der Transport-  
verhältnisse. Welches Interesse könnten wir Deutsche davon  
haben, daß sich in irgendeinem Lande die Kohlenförderung  
etwa durch Streiks noch verminderte? In dem Gegenteil sin-  
wir, wie ganz Europa, lebhaft interessiert. Wir können nur  
wünschen, daß in allen kohlenfördernden Ländern recht  
bald Mittel gefunden werden, durch welche die Arbeits-  
fähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der mühsam schaffenden  
Kohlenbergleute gehoben werden, indem ihr schwerer Beruf  
materiell und moralisch gewürdigt wird.

Denn der Mensch ist doch der ausschlaggebende Faktor.  
Auch im Bergwerksbetriebe. Er ist jetzt die internatio-  
nale Wirtschaftsangelegenheit von höchster  
Bedeutung. In England wie in Deutschland muß mit größ-  
tägigen Mitteln an die Beseitigung der Kohlenkrise heran-  
gegangen werden, wenn wir nicht wollen, daß der kommende  
Winter eine Schreckenszeit für die Menschheit wird.

Otto Sae.

## Unruhen in Triest.

Die „Frankfurter Zeitung“ erfährt aus Lugano: Nach Mel-  
dung des „Secolo“ kam es in Triest zu schweren Zu-  
sammenstößen zwischen Karabinieren und einer Volksmenge,  
wobei auf beiden Seiten mehrere Opfer fielen. Ursache und Zusam-  
menhang geben aus der Meldung nicht klar hervor. Die Arbeiterschaft  
setzte zum Protest einen einseitigen Generalstreik ins Werk. Die  
Schule und die Vereinstafeln der Slowenen sowie die Redaktions-  
räume des slowenischen und italienischen Sozialistenblattes wurden  
während der Unruhen angegriffen.

## Wendung im Polizistenstreik in Liverpool?

Laut Amsterdamer Telegraf meldet die „Times“  
aus Liverpool, daß in dem Streik der Polizisten eine Wen-  
dung eingetreten ist. Zahlreiche streikende Agenten haben die  
Behörden ersucht, sie wieder einzustellen, und erklärt,  
daß sie durch Einschüchterung zum Streik gezwungen worden  
seien. Andererseits droht in Liverpool ein Streik des Eisen-  
bahnerpersonals, der 20000 Mitglieder des Eisenbahnerverbandes  
umfaßt und zur Folge haben dürfte, daß Liverpool von der  
übrigen Welt vollkommen abgeschnitten würde. Der Straßen-  
bahndirektor in Liverpool liegt still. Das Schlachtschiff Valiant  
liegt dicht beim Zentrum der Stadt vor Anker. Während der  
Blinderungen wurden Klaviere aus den Häusern geschleppt  
und auf den Straßen gelangt.

## Ausbreitung des Streiks in London.

Rotterdam, 6. August. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“  
meldet aus London über den Streik der Polizisten: Augenblick-  
lich befinden sich 1064 Polizisten im Ausstand. Ihre Zahl vermehrt  
sich jedoch von Tag zu Tag. Der Ausstand der Rajshinisten und  
Deitzer auf der Londoner Südwest-Bahn hatte zur Folge, daß auf  
dem Bahnhof Nine Elms von 500 Lokomotiven nur 80 im  
Dienst gemeldet werden konnten. Es liegen Anzeichen für eine  
Ausbreitung des Streiks vor.

## Streikausbreitung in Amerika.

Das Reutersche Bureau meldet vom Dienstag aus  
New York, daß 450 000 Eisenbahn-, Dampf-, Schiff- und Fracht-  
transport-Angestellte sich den übrigen Eisenbahnarbeitern angeschlossen  
haben und die Herabsetzung der Kosten für Lebensunterhalt bezw.  
Lohnerhöhung fordern.

Arbeitswiederaufnahme in Le Havre. Der Streik im Hafen von  
Le Havre ist beendet. Die Arbeit wurde gestern wieder auf-  
genommen.

Den großen Umschwung bringt erst das 19. Jahrhundert, das  
Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität, welches den Menschen  
die Arbeit im Sinne reinmechanischer Kraftleistung in weitgehendem  
Maße abnimmt und Transportmittel von unerhörter Billigkeit und  
Leistungsfähigkeit schafft. Erst durch diesen enormen technischen Fort-  
schritt wird die fünfte Periode, die Epoche einer allgemeinen Welt-  
wirtschaft, möglich. Nicht nur Luxusgegenstände, sondern alle Le-  
bensmittel können jetzt mit gutem wirtschaftlichen Erfolge um den  
halben Erdball transportiert werden, die Fruchtbarkeit tropischer  
Zonen kann für die Bevölkerung Europas voll ausgenutzt werden.  
So geht denn ein europäischer Staat nach dem anderen zur In-  
dustrialisierung über. Ein immer größer werdender Teil der Be-  
völkerung widmet sich der Herstellung der Industrieprodukte, für  
welche im Auslande Rohstoffe und Lebensmittel eingehandelt wer-  
den können. Für Deutschland bedeutet die Industrialisierung zu-  
nächst ungefähr eine Verdoppelung der Lebensmöglichkeiten. Wäh-  
rend das aderbautreibende Deutschland der vormärzlichen Zeit  
etwa 35 Millionen Einwohner hat und durch Auswanderung all-  
jährlich hunderttausende Menschen verliert, vermag das industrielle  
Deutschland des 20. Jahrhunderts bei geringfügiger Auswan-  
derung fast 70 Millionen zu ernähren.

Und nun beginnt die Welle der Industrialisierung sich zu über-  
schlagen. In England wird der Ackerbau zugunsten der Industrie  
vernachlässigt. In Deutschland läßt sich die Landwirtschaft nur ge-  
waltig durch hohe Zollschränken erhalten. Die Vereinigten  
Staaten schaffen sich eine Industrie, die den eigenen Bedarf reichlich  
deckt und läßt sich vorandehnen, wenn auch der letzte afrika-  
nische Kaper ein heilungswürdiges Objekt für die europäischen und  
amerikanischen Geschäftsreisenden in Badehöfen und Kasinofestern  
sein wird.

In diesem Stadium der Entwicklung plagt der überreizte Kessel  
und der europäische Weltkrieg bricht aus. Er bedeutet für Deutsch-  
land den Abbruch von der Weltwirtschaft und die harte Notwendig-  
keit, sich mit eigenen Mitteln zu behelfen. Die Not treibt gewaltig  
zu Erfindungen, nicht nur auf dem Gebiete der Zerstörungswert-  
zeuge, sondern auch auf demjenigen der Lebenshaltung. Aus der  
Luft schaffen wir uns Dampflokomotiven im Werte von Milliarden. In  
der Notzeit zwingen wir die Natur, aus Rohstoffen Eisen aufzu-  
bauen. Die gemeine Goldschäufel verwandelt wir in Seide und Baum-  
wolle. Mit diesen ersten Versuchen aber treiben wir nun bereits in  
die sechste Wirtschaftsepoche der Menschheit, in welcher das einzelne  
Gebiet aus dem Gebiete der Weltwirtschaft nur nimmt, was es  
wirklich unbedingt braucht, alles übrige aber mit Hilfe der eigenen  
Energiequellen und Rohstoffe herstellt.

Fünftens wird diese Zeit ein wenig anders aussehen, als bisher  
wohl gelegentlich in kühnen Zukunftsplaudereien geahnt wurde. Es  
wäre unsinnig und unwirtschaftlich, wenn wir bei der Entwicklung  
kommender Jahrzehnte und Jahrhunderte alle mit Hilfe der Stein-  
kohlenwärme in der Notzeit machen wollten. Im Gegenteil müssen  
wir mit diesem Energiekapital, welches uns aus vorindustriellen  
Zeiten überkommen ist, mehr denn je sparsam wirtschaften  
und desto mehr die uns dauernd zuströmenden Zinsen aus dem un-  
gleich größeren Kapital der Sonnenenergie ausnützen. Wegen der für  
unzählige Redaktionen die Wärmeinheit der sogenannten Kilogramm-

## Geier Rumänien.

### Die Rumänenherrschaft in Budapest.

Der Telegraphen-Union wird gemeldet, daß die Rumänen noch  
am Montag Abend sämtliche Telephonzentralen, das Hauptpostamt,  
die Bahnhöfe und die öffentlichen Gebäude besetzt haben. Am Mon-  
tag besetzten die Rumänen ferner die Verbindungsbrücke und ließen  
keinen Zug passieren. Infolgedessen wurde abends der fällige Wiener  
Zug noch zurückgehalten.

### König Ferdinand auf der Fahrt nach Budapest!

Wien, 5. August. (T.-Z.) Anlässlich wird aus Bukarest ge-  
meldet, daß König Ferdinand von Rumänien im Sonderzug nach Budape-  
st abgereist ist. Von Seiten der rumänischen Truppen soll dem  
König in der ungarischen Hauptstadt ein feierlicher Empfang bereitet  
werden.

Der gekrönte rumänische Herrscher bestätigt,  
daß die militärische Besetzung ganz Ungarns im  
Gange ist.

### Intervention der Entente.

Wien, 5. August. (Meldung der Telegraphen-Kompanie.) An-  
gefaßt des selbständigen Vorgehens Rumäniens gegen Ungarn be-  
absichtigt die Oberste Rat der Friedenskonferenz zu intervenieren.  
Der französische Oberbefehlshaber der Orientarmee General Franchet  
d'Espèrey hat bereits Anweisung erhalten, rumänische Ueber-  
griffe gegen die Bestimmungen der Friedenskonferenz zu verhindern.  
Die militärische Besetzung Ungarns durch rumänische Truppen stößt  
auf den Widerstand der Alliierten. Den Rumänen soll nach den  
Pariser Beschlüssen nur gestattet werden, die ungarischen Gebiete  
mit rumänischer Bevölkerung zu besetzen. Zur Ueberwachung der  
Vorschriften des Obersten Rats werden von den alliierten Mächten  
beisondere, mit großen Vollmachten ausgestattete Militärmissionen  
nach Budapest entsandt.

### Alliierte Truppen im Anmarsch auf Budapest.

Die Wiener Blätter melden, daß 2500 Mann französi-  
scher Truppen von der Szegediner Front in Budapest ein-  
marschieren werden. Die tschechisch-slowakische Armee  
sei gestern über die Demarkationslinie vorge-  
rückt, sie sei mit schwadronen Kräfte im Anmarsch auf Budapest.  
Nach Meldung der „Neuen Freien Presse“ seien bereits englische  
Truppen von Futma unterwegs nach Budapest, um an der  
Besetzung der Hauptstadt teilzunehmen.

### Entwaffnung der ungarischen Truppen.

Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbureaus  
hat der Chef der Budapestener Mission, Oberstleutnant Romanelli,  
am 8. August eine Note an die ungarische Regierung gerichtet, in  
der mit Rücksicht darauf, daß der neuen ungarischen Regierung zur  
Eicherung der Ruhe und öffentlichen Ordnung jetzt die rumänischen  
Truppen zur Verfügung ständen, verlangt:

1. Die ungarische Armee auf die im Waffenstillstandsvertrag  
vom 13. November 1918 festgelegte Stärke zu bringen und in ent-  
sprechenden Friedensstandorten unterzubringen,
2. die Zivilbevölkerung der Hauptstadt und des ganzen Landes  
zur Abgabe aller Schusswaffen, außer Jagdwaffen, von Munition,  
Handgranaten und Sprengmitteln aufzufordern, und
3. die Umgepfaltung und Entwaffnung der Roten Armee ehestens  
in Angriff zu nehmen.

### Eine Direktoriumsregierung?

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, daß zur Sicherung eines  
einheitlichen Vorgehens der Regierung angesichts der schwierigen  
Lage in Budapest ein dreigliedriges Direktorium aus zwei bürger-  
lichen und einem sozialistischen Mitgliede werde gebildet werden.

### Judenpogrome in der Ukraine!

Der Korrespondent der „Times“ in Warschau meldet fürchterliche  
Einzelheiten über große Judenpogrome in der Ukraine. Die gegen die  
kommunistischen Kommissare gerichteten Pogrome nahmen den Umfang,  
daß eine Anzahl der Kommissare Juden sind, zum Anlaß, um unter  
der jüdischen Bevölkerung zu mordeten und zu plündern. Sie tragen  
Wunden mit der Aufschrift

Tod den Juden, rettet Rußland!

In Schitomir sollen 1200 Juden, in Kasatin 600, in Feldzitz  
90, in Baktin und Verbitschen 2000 Juden ermordet worden sein.

## Technische Wirtschaftsgeschichte.

Von Hans Dominik.

Die Betrachtung der bisherigen Entwicklung der Menschheit  
zeigt, daß zwar die Lebensmöglichkeiten im Laufe der Jahrtausende  
infolge technischer Entdeckungen und Fortschritte stets größer ge-  
worden sind, aber das Leben für den Einzelnen im Durchschnitt  
meistens die gleiche Summe von Freuden und Leiden, von An-  
nehmlichkeiten und Unannehmlichkeiten beibehalten hat. Noch einmal  
also ganz kurz und knapp gesagt: die technische und wirtschaftliche  
Entwicklung der Menschheit hat zwar für immer größere Menschen-  
mengen die Lebensmöglichkeit geschaffen, aber das Schicksal des Ein-  
zelnen ist dabei kaum verbessert worden.

Betrachten wir nun diese Entwicklung selbst, so zeigt sich, daß  
wir uns gegenwärtig in der fünften Wirtschaftsepoche der Men-  
schengeschichte befinden und wahrscheinlich schon am Beginne  
eines sechsten Abschnittes stehen. Die Entwicklung beginnt in alter-  
tümlicher Vorzeit mit den sogenannten Sammeljägern, die ohne  
Waffen und Geräte nur einsammeln, was sie auf ihren Streifzügen  
eben finden und mit Händen greifen können. Einen großen Fort-  
schritt bedeutet danach die technische Erfindung von Schutzweaffen,  
wie Säbel, Speere, Schlingen, Fingerringe und dergl., welche die  
weite Wirtschaftsepoche, diejenige der Jägerwilderei, einleitet. Weiter  
lernt es dann der Jäger, jagdbares Wild, welches lebendig in seine  
Hände fällt, für die Zeiten der Not aufzubewahren, zu zähmen und  
schließlich zu züchten und in Herden mit sich zu führen. Damit aber  
kommen wir in die dritte Wirtschaftsepoche, diejenige der Hirten-  
völker. Es sind gewinnenerweise auch Wandervölker, denn für ihre  
Herden müssen sie ständig neue Weiden aufsuchen. Bis auch hier  
wieder der technische Fortschritt weiter hilft, bis man es lernt, die  
Pflanzen ebenso für die Zwecke des Menschen zu zähmen, wie frü-  
her die Tiere und die vierte Periode, diejenige des Ackerbaues,  
beginnt.

Die hier geschilderten Epochen folgen nicht scharf hintereinan-  
der, sondern sie laufen nebeneinander her, und wir finden heute an  
verschiedenen Stellen noch reine Hirtenvölker, ja sogar reine Sam-  
meljäger, als Ueberbleibsel von früheren Kulturperioden. Auch die  
einzelne Periode bedeutet niemals einen Stillstand, sondern in je-  
der geht der technische Fortschritt weiter. Er bringt die Jagdwaffen  
zur Höhe des Repetiergewehrs mit Fingerringe und führt den  
Ackerbau zur wissenschaftlichen Bodenbearbeitung mit Fruchtfolge,  
Kunstdüngung und dergl. mehr. Durch alle Verloren hindurch  
macht sich ferner ein gewisser Kulturfortschritt bemerkbar. Schon zu  
den Jägerwildereien Nordeuropas kommen in dem zweiten Jahrtausend  
n. Chr. phönizische Händler, um beispielsweise wertvolle Felle gegen  
Bronzewaffen einzubehalten. 3000 Jahre später finden wir bereits  
einen lebhaften Handelsverkehr zwischen Mitteleuropa und Indien,  
welder den Austausch besonders deutscher Waffen und Schmied-  
waren gegen indische Gewürze vermittelt. Aber ausnahmslos geht  
dieser Handel Zuggegenständen, Dingen, die das Leben wohl  
verschönern, aber letzten Endes doch für alle Beteiligten unentbehrlich  
sind.

Kalorie zu Grunde, d. h. jene Wärmemenge, welche imstande ist,  
1 Liter Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen, so ergibt sich  
folgendes: Die 200 Millionen Tonnen Kohle, die wir bis zum  
Kriege alljährlich förderten, liefern bei ihrer Verbrennung 1400  
Millionen Kalorien. Die Sonne dagegen strahlt auf den Boden  
Deutschlands alljährlich rund 14 Trillionen Kalorien, d. h. 1000mal  
soviel. Rechnen wir üppig, daß Deutschlands Kohlenvorkort bei der  
jetzigen Förderung noch auf 2000 Jahre reicht, so wäre die gesamte  
Kohle, die im deutschen Boden liegt, imhunde, die Sonnenenergie,  
welche uns im Laufe zweier Jahre einstrahlt, geradezu zu decken.

Diese Zahlen zeigen aber, daß wir die unmittelbare Ausnutzung  
der Sonnenenergie und damit auch die wirtschaftlichste Maschine,  
welche Sonnenenergie unmittelbar in die für uns wertvollste Form  
chemischer Bindung zu überführen vermag, nämlich die grüne  
Pflanze niemals entbehren können. Wir werden in einer künftigen  
Entwicklung beibringen sein müssen, aus unserem Boden mit Hilfe  
einer Intelligenzkultur ungeheuer große Mengen an Zellulose und  
Stärke zu gewinnen als bisher. Die weitere Verarbeitung dieser  
beiden Grundstoffe der organischen Chemie kann dann aber in der  
Zeit auf chemischem Wege unter Ausnutzung der Steinlohlenenergie  
erfolgen. Als Basis können uns die Zellulose für die Faserstoffe,  
die Stärke und Puder für die Ernährung in solcher chemischen  
Industrie alles liefern, was wir brauchen. Eine derartige Entwick-  
lung würde zunächst wieder die Lebensmöglichkeiten gewaltig er-  
höhen. Während das rein agrarische Deutschland etwa 35 Millionen  
Menschen ausschließlich ernährt und das weltwirtschaftlich gerichte-  
te Deutschland Nahrung für 70 Millionen hat, würde die nächste Wirt-  
schaftsepoche die Einwohnerzahl verdoppeln und vielleicht verdrei-  
fachen. Soweit ist der Entwicklungsstand klar vorgezeichnet. Zu  
wünschen wäre nur, daß sich der technische Fortschritt zur nächst-  
höheren Wirtschaftsepoche nicht nur die Lebensmöglichkeiten erhöht,  
sondern auch die Summe der Lebensannehmlichkeiten für jeden ein-  
zelnen vermehrt. In dieser Richtung mühte sich eine zielbewusste  
soziale Entwicklung bewegen.

### Notizen.

Die Aufgaben der Universitäten hat Genosse  
Minister Goenich in einer Rede in Bonn (zur Hundertjahrfeier der  
Universität) erörtert. Die neue preussische Regierung wird — sagte er —  
unter keinen Umständen die unbedingte Forschungsfreiheit,  
das unbedingte und unbefristete Streben nach Wahrheit antasten  
lassen. Die Universitäten als große Forschungsanstalten müssen  
frei und unabhängig nach oben und unten sein. Die Universitäts-  
reform wird nicht über die Köpfe der Hochschulen hinweg gemacht  
werden, sondern die Vertreter der Hochschulen werden in aus-  
giebigster Weise zur Mitarbeit herangezogen werden. (Hoffentlich  
wird aber auch dem Junitwesen der Universitäten und dem Ueber-  
gewicht der zumest reaktionären Senate ein Ende gemacht.)

Die Zahl der plattdeutschen Sprechenden gibt  
Kraus Krause nach einer vorläufigen Schätzung, die wahrschein-  
lich der Wirklichkeit ziemlich nahe kommt, mit 11½ Millionen an.  
Stellen rückt in „Niederachsen“ an die maßgebenden Stellen  
bringende Bitte, bei der nächsten Volkszählung die bisher unter-  
bliebene Frage nach der niederdeutschen Sprache zu stellen. B.

# Die Internationale in Luzern.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Organisation der Internationale ist in der Kommission zu Ende beraten, dagegen ist die Kommissionsberatung über den Wiederaufbau der Internationale noch lange nicht zu Ende. Es liegen eine ganze Anzahl von Resolutionen vor, und es muß heute Abend abermals eine Nachsitzung abgehalten werden. Für morgen vormittag ist die zweite öffentliche Plenarsitzung einberufen. Die Organisationskommission beschäftigte sich heute nachmittags mit der Frage der

Errichtung eines internationalen sozialistischen Pressedienstes.

In der Erörterung wies Grumbach (Frankreich) darauf hin, daß über den 21. Juli in der ganzen deutschen Presse ein großes Mißverständnis geherrscht habe. Die französische Absicht bei der Kundgebung des 21. Juli habe sich in der Hauptsache gegen die Zensur gerichtet, während man in Deutschland der Meinung war, es habe sich besonders um eine Kundgebung gegen den Versailler Frieden gehandelt. Solche Mißverständnisse beweisen die Notwendigkeit einer eigenen Information der sozialistischen Presse. In der Debatte wurden die Schwierigkeiten, die einer solchen Einrichtung gegenüberstehen, gründlich besprochen, und man hat beschlossen, eine Kommission aus Sachverständigen einzusetzen, welche die Beratung dieser Frage auf dem internationalen Kongreß im Februar vorbereiten soll.

## Gegen die wilde Einfuhr.

Der wilde Handel an der Grenze des besetzten Gebietes steht in üppiger Blüte. Große Mengen verschiedenster, in Deutschland lange entbehrt Lebens- und Genußmittel wie auch von Bedarfsgegenständen werden auf allen möglichen und unmöglichen Wegen nach dem unbesetzten Deutschland eingeschmuggelt. Sie finden hier willige Aufnahme, und die Händler, Schieber und Schiebergenossen machen glänzende Geschäfte. Ausländischer Geschäftsgeist, habschisch-lüsterne Grenzposten, gewissenlose Beamte und Angestellte und andere Gegner der „Zwangswirtschaft“ arbeiten zusammen, um die letzten Reste von Ordnung und Organisation zu untergraben. Die deutsche Mark wendet in ungehäßten Beträgen in das Ausland, zum Teil für zu hohe Preise und zum andern Teil für Waren, die dem einzelnen vielleicht wünschenswert sind, für die gesamte deutsche Wirtschaft aber angesichts der gegebenen Verhältnisse durchaus entbehrlich sind. Die neuerliche Verschlechterung der deutschen Valuta ist in der Hauptsache auf die Ueberhandnahme der wilden Einfuhr an der westlichen Grenze zurückzuführen. Damit hängt aber eng zusammen die unerwünschte Verteuerung der auf dem ordnungsmäßigen Wege nach Deutschland gelangenden Waren.

Die Schieber und Schiebergenossen, die bei dem laufenden Verbraucher Unterstützung finden, wahren rücksichtslos ihre Vorteile, und der einzelne Verbraucher sieht nicht die Zusammenhänge und Verderblichkeit dieser Methode. Um so mehr muß die Regierung darüber wachen, daß diese Zustände nicht noch mehr Verderben anrichten, als was durch Krieg und allgemeine Demoralisation schon verdorben ist. Wenn darum die Regierung eine strengere Ueberwachung der Einfuhr aus dem besetzten Gebiet anordnet und durchführt, so handelt sie nicht nur im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft, sondern sie kann auch über praktische Erfolge berichten, die dem einzelnen Verbraucher schon recht fühlbar geworden sind. Gegenüber dem Rückgang der Schleichhandelspreise, von dem die Presse täglich berichtet, verhält es sich nicht, wenn das Unterbinden des wilden Handels an der Grenze lokale Preischwankungen auslöst. Wenn eine Zeitungsnachricht z. B. davon spricht, daß infolge der scharfen Maßnahmen der Behörden der Preis für englische Seife von 8 bis 11 M. gestiegen sei — Preischwankungen, wie sie als Folge der Spekulation zu allen Zeiten und auf allen Marktgebieten vorkommen —, so ist demgegenüber zu halten, daß durch das Eingreifen der Regierung und ihre Ernährungspolitik ein stetiges Fallen der Schleichhandelspreise beobachtet werden konnte. Viel höher oder noch als diese Wirkung ist die Sorge um unsere Valuta zu bewerten. Der wilde Handel an der Grenze und das daraus resultierende Abwandern unserer Mark in das Ausland wirkt in einem Maße preisverteuernd, daß die Regierung unverantwortlich handeln würde, wenn sie nicht alle Machtmittel anwendete, um den volkschädigenden Auswüchsen einer fruchtlosen Gewinnjagd zu steuern. Durch die Maßnahmen der Regierung kommt nicht weniger Ware in das Land. Die Eingänge werden jedoch gleichmäßiger verteilt, und den katastrophalen Schädigungen unserer gesamten Wirtschaftspolitik kann vorgebeugt werden, wenn die Regierung über das Maß und die Art der Einfuhr bestimmt.

## Der Kampf gegen den Wucher.

Zur Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels hat der preussische Staatsminister für Volksernährung die Errichtung von Wucherbezirksämtern in allen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern sowie in größeren Industriestädten veranlaßt. Die Bezirksämter sollen die bisherigen Maßnahmen gegen den Wucher wirksam unterstützen und nach einer Anregung des Reichsernährungsministers in ähnlicher Weise in den einzelnen deutschen Freistaaten eingeführt werden. Auf die Mitarbeit der Arbeiter- und Verbrauchervereinigungen bei der Bekämpfung des Schleichhandels und Preiswuchers wird besonderer Wert gelegt. Dem Zentralrat der deutschen Republik wurde von dieser Anregung ebenfalls Mitteilung gemacht. Die Zentralorganisation der Gewerkschaften wurde ersucht, mit der Benennung geeigneter Personen zu Hilfsorganen an der Bekämpfung des Wuchers mitzuwirken. Die Organisationen haben sich zur Mitwirkung an der Ausführung der Bestimmungen bereit erklärt.

In einer weiteren amtlichen Mitteilung werden die Preisprüfungsstellen zu einer schärferen Wahrnehmung ihres Amtes, durch Festlegung von Richtpreisen eine angemessene Preisbildung zu ermöglichen, aufgefordert. Die Strafverfolgungsbehörden sind angewiesen, bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über den Preiswucher nachdrücklich einzuschreiten. Zur Mitarbeit an den Preisprüfungsstellen sollen Hersteller und Händler, soweit sie dem legitimen Handel angehören, herangezogen werden.

## Eine Memeler Kommission nach Versailles.

Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Das aus den Memeler Stadtwörtern und den Reichstagsabgeordneten des abtretenden Gebietes bestehende Memeler Parlament hat in seiner heutigen Sitzung, an der die Nationaldeputierten nicht teilnahmen, eine Abordnung von fünf Herren gewählt, die sich nach Versailles oder Paris begeben soll, um mit den alliierten Regierungen durch Vermittlung des auswärtigen Amtes in Verbindung zu treten, um die Wünsche der Bevölkerung des Memelgebietes zum Ausdruck zu bringen.

# An den Vollzugsrat der U. S. P. D.!

Von unseren Genossen im Vollzugsrat wird uns geschrieben:

Endlich ist Euch die Sprache zurückgekehrt. Am 24. Juli haben wir klar und deutlich die Gründe, welche uns zum Austritt gezwungen, der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt. Jetzt endlich am 4. August finden wir Eure Antwort in der „Freiheit“.

Ihr seid jeder Narren Antwort aus dem Wege gegangen.

Ihr entstellt, verdreht, schimpft und verleumdet in einem fort. Diese Manier gehört allerdings bei den Berliner Unabhängigen auf das Gebiet der unbegrenzten Möglichkeiten. Die sind entschlossen, den Kampf um den Sieg politischer Weltanschauung mit jedem Gegner, ob rechts oder links, entschlossen durchzuführen.

Doch unsere Waffen sollen rein bleiben. Wir haben von Größentönn politischer Dilettanten gesprochen. Wir haben Euch das Recht, Sozialdemokraten zu sein, abgesprochen.

Ihr habet Eure Tätigkeit als rein parteipolitische bezeichnet. Wir lesen den Beweis dafür an.

Das alles tun wir und können wir, ohne an der Ehrlichkeit und dem tiefen Ernst Eurer politischen Weltanschauung zu zweifeln. Wenn unsere Waffen scharf sind, wenn unsere Siege sicher, so doch nur, weil nackte Tatsachen die Macht unserer Argumente bestätigen. Euch bleibt es vorbehalten, ohnmächtig vor Wut in den Dreck zu greifen. Von Verdächtig, Lügen, Blüthen, Selben, elenden Verleumdern und was sonst noch zu kreischen und zu toben.

Nur weiter so, uns rührt das alles nicht!

Wir haben den Arbeitern mitgeteilt, daß Ihr Euch in den letzten 23 in der beschämten Weise einrichten konntet. Der Höhe Eurer, auch unserer Entschädigung Strochnung, getan. Das alles, um den Beweis zu führen, daß die Regierung in weitestgehender Weise dem Vollzugsrat die Möglichkeit, praktische Arbeit zu leisten, gewährt hat. Ihr wendet ein, Prolet ist ebenso wie Müller eingerichtet. Genosse Prolet hat dem Genossen Müller erklärt, daß es ihn peinlich berührt, und er damit nicht einverstanden ist, alle Kollegen und Arbeiter in derart ausgefallenen Räumen zu empfangen. „Daran haben sich unsere Arbeiter schon gewöhnt“, war die lakonische Antwort. Es soll schändlich sein, Gehältern Erwähnung zu tun, welche beschlossen wurden, als unsere Fraktion die Mehrheit hatte. Durch den fraglichen Beschluß wurden die Angehörigen der Vollzugsräte und der Angestellten erheblich herabgesetzt.

Als eine geradezu niederträchtige Verdringung der Tatsachen müssen wir es bezeichnen, wenn Ihr behauptet, die Rechtssozialisten haben alle Versuche der U.S.P. und R.P. zur positiven Arbeit durch systematische Sabotage zunichte gemacht. So lange wir die Mehrheit im Vollzugsrat hatten, ist alle praktische Arbeit, soweit solche geleistet werden konnte, einzig und allein von unseren Vertretern geleistet worden. Haben nicht Genossen Eurer Fraktion, mit sonderbaren geistigen Waffen einem unserer Mitglieder lässlich zu Gemüte führen wollen, daß es sogenannte positive Arbeit gibt, welche das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat?

Ihr bestreitet das Vorhandensein doppelter Gehälter. Nun denn, bekommt der Kommunist lange als leitender Redakteur der Handlungsgeschäfte kein Gehalt? Bekommt Marx als Bevollmächtigter der Baubeamten kein Gehalt? Traun wir uns, wir werden nicht absteigen, diese Behauptung mit Bewachern zurückzunehmen. In einer Euren letzten Sitzung habt Ihr beschlossen, die doppelten Existenzen in den Betrieben zu beseitigen. Das alte Lied von Theorie und Praxis!

Wir haben ein Stundenschiebersystem an den Pranger gestellt. Blumenhal, Mitglied der engeren, jetzt so radikalen Verwaltung des Metallarbeiterverbandes, spielt dabei eine erbärmliche Rolle. Das alles soll natürlich Verleumdung sein. Richard Müller, hast Du Deinen Freund Blumenhal nicht in offener Sitzung des Vollzugsrates unwillig vorgezogen, daß er ja Sonntags nur hingekommen braucht, um seinen Namen in die Präsenzliste einzuzichnen, um so auch 6 in der Woche 7 Arbeitstage zu machen?

## Der Attentäter auf Auer verhaftet.

Aus Wien wird gemeldet: Der Schiffsloch und Metzger Alois Lindner, der unter dem Verdacht verhaftet wird, den abgeordneten Osel und den Major Zahreiß im bayerischen Landtag erschossen und den ehemaligen Staatsminister Auer verletzt zu haben, ist am Abend des 4. August beim Ueberschreiten der Grenze aus Ungarn in Sommerin verhaftet worden. Lindner, der bei der Festnahme einen Selbstmordversuch unternahm, ist gefänglich, auch auf den abgeordneten Auer, in welchem er einen Gegenrevolutionär vermutete, einen Revolver schuß abgefeuert zu haben. Er hat in den letzten Zeiten in Budapest bei der roten Garde gedient. Nach dem Zusammenbruch der Räteregierung, hielt er die Zeit für gekommen, sich in Sicherheit zu bringen.

## Zur Ablieferung der Milchkuhe.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhause, ob die Deutschland auferlegte Ablieferung von 140 000 Milchkuhen mit Rücksicht auf die Ernährung kleiner Kinder und Gebrechlicher nicht aufgehoben werden könne, erklärte Bonar Law, daß man bestrebt sei, den Mangel an Milch in Deutschland, Belgien und Frankreich durch eine verstärkte Einfuhr von indonischer Milch zu beheben. Die Erfüllung der Klausel des Friedensvertrages, welche Deutschland zur Lieferung der Kühe verpflichtet, erfolge nicht automatisch, sondern werde von der Entschädigungskommission erst festgestellt werden, die den Tatsachen Rechnung tragen wird.

Wegen die Unternehmervsabotage. In einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium, bei der Vertreter des Reiches und der Arbeitsgemeinschaften und andere Interessentenverbände anwesend waren, wurde zur Frage der Unternehmervsabotage Stellung genommen. In den seltenen Fällen, wo diese vorliegen, muß nach Meinung der Versammelten energisch eingeschritten werden. Zur weiteren Klärung der Frage wird für die einzelnen Wirtschaftskreise eine Untersuchung eingeleitet, die sich mit den Ursachen der erfolglos aber beabsichtigten Stilllegungen und mit Gegenmaßnahmen befaßt.

Die Vertretung der Entente bei den deutsch-polnischen Verhandlungen. Der oberste Rat hat bestimmt, daß die interalliierte Militärmission in Berlin bei den beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen die alliierten Regierungen vertreten werde.

Amerikas Friedensherr. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß der Kriegssekretär Baker dem Kongreß einen Gesetzentwurf unterbreitet hat, der ein Friedensgesetz von 610 000 Mann und eine dreimonatige Wehrpflicht für alle 19 Jahre alten Männer vorseht.

Der Ausschluß aus der Organisation war noch immer das beste Mittel in der guten alten Zeit, derartiges von Belgier distanzierter Stundenschieberium im Jagen zu halten. Das Wesen Eurer Anhänger, alle ehemaligen Gelben und Indifferenzen, werden einem derartigen Standpunkt wenig Verständnis entgegenbringen. Aber den vielen Alten in Euren Reihen rufen wir zu:

„Sperrt endlich die Augen auf!“

Ihr greift zu der erbärmlichen Unterstellung, wir trügen Schuld am Los der vielen Untersuchungs- und Schutzhaftgefangenen. Einer Eurer einflussreichsten Freunde schwört aus der Schutzhaft unter dem 30. Juni 1919 unter anderem:

„Verrät Genosse Prolet! Ich bitte Dich, meine eventuelle Entlassung zu erwirken. Ich werde mich an Dich, weil Du meines Wissens ja auch um die Freilassung der Genossen des Vollzugsrates bemüht warst...“

Das alles mögt Ihr sehr genau, aber es muß trotzdem verleumdet werden. Das graue Gespenst der Gegenrevolution darf nicht fehlen. Der Kampf gegen jede Reaktion und Gegenrevolution ist uns Lebensaufgabe, der Kampf aber auch gegen jede Gegenrevolution von links. In Eurer „Freiheit“ vom 29. Dezember 1918 war zu lesen:

„Die Herrschaft der Unorganisierten über die Organisierten, der Unwissenden über die Unterrichteten, der Selbsttötenden über die Selbstlosen. Das bedeutet unter den heute gegebenen Bedingungen die Weiterführung der Revolution. Es ließe nichts anderes, als die Revolution degradieren. Und diese Degradation wäre nur die Vorstufe zum völligen Ruin.“

Und der das schreibt ist kein Geringerer als Karl Kautsky. Ihr seid es, welche die Unwissenden, die Unorganisierten, die Selbsttötenden unter Vorpiegelung einer fata morgana zu Schrittmachern einer Gegenrevolution von rechts eingezogen. Ihr schmachtet den Massen mit dem ewigen Schlagwort von der Diktatur des Proletariats. Was heißt das, Diktatur des Proletariats? Wilhelm Liebknecht gibt Euch die Antwort darauf.

„Ich nenne Diktatur, wenn eine Gesellschaftsklasse die Gesetzgebung dazu benutzt, um die andere rechtlos zu machen.“

Die Diktatur des Proletariats auf dem so gezeichneten Weg zu erreichen, ist die Bahn jetzt frei gemacht. In Deutschland hat, wie nirgends in der Welt, die werktätige Bevölkerung Recht und Gelegenheit, zu Lenkern seiner Geschicke Männer zu bestimmen, welche ihnen dazu am besten passen. Aber was wollt Ihr? Nicht die Diktatur des Proletariats.

Aber die Diktatur einer Hand voll verwegener Gestalten.

Wir erinnern Euch an die Glanzzeit der „Revolutionären Obleute“. Wer von Euch war damals nicht dabei. Der Streit über das Ueberrecht über Januar- und Märzgeschichten zwischen Euch und den Kommunisten hat uns wertvolle Aufschlüsse gegeben.

Ihr seid schuld an all dem Elend unserer Tage. Ihr habt Euch vermessend, in den Novembertagen und später mit Euren beschränkten Berliner Rabaudialisten die Geschicke Deutschlands zu meistern. Eure vom Größentönn distanzierter Putschakt hat den Sozialismus, die Sozialdemokratie ungeheuerlich kompromittiert. Schaudernd haben wir die Kreise unseres Volkes unserer Bewegung die Gefolgschaft versagt.

Als Vertreter der alten Sozialdemokratie werden wir weiter Euch auf Schritt und Tritt entgegenzutreten. Vertrauens auf die geschichtliche Mission des Sozialismus. Die Massen fangen an zu denken. Langsam beginnt Vernunft sich Bahn zu brechen.

Allen unseren Genossen und Freunden rufen wir zu:

Wer rückwärts sieht, gibt sich verloren,

Wer lebt und leben will, muß vorwärts schauen!

Die U. S. P. D.-Fraktion des Vollzugsrats.

## Kein interalliiertes Bündnis!

Auf eine Anfrage im italienischen parlamentarischen Friedensauschuss, ob ein bereits abgeschlossenes oder geplantes politisches Bündnis mit Frankreich, England oder Amerika die sofortige Ratifizierung des Versailler Vertrages notwendig mache, erklärte Ritti, es gäbe keine derartige Verbindung. Die baldige Ratifizierung bedeute nur einen freundschaftlichen Akt gegenüber den Verbündeten. Ritti sprach den Wunsch aus, daß Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien bald in den Bänderbund aufgenommen werden. Nur noch die Sozialisten stellen sich der Ratifizierung entgegen.

## Kohlen für Italien.

Bern, 5. August. „Stampa“ erzählt aus Rom, daß die italienischen Unterhändler in Amerika zurzeit 300 000 Tonnen Kohle auf bereits gecharterten Schiffen verfrachten ließen. Die Schiffe können allerdings nicht vor 40 Tagen in Italien eintreffen, doch hofft man mit Hilfe der französischen Zuspähen diese Zeit zu überbrücken.

## Industrie und Handel.

Solle Wiederaufnahme der Wertpapiernotierungen.

Amlich wird bekanntgegeben: Der Reichswirtschaftsminister hat im Zusammenhang mit der bevorstehenden amtlichen Notierung der festverzinslichen Wertpapiere nunmehr die noch bestehenden Beschränkungen der Notierung von Wertpapierpreisen mit Wirkung vom 10. August ab aufzuheben. Somit sind die während des Krieges verordneten Beschränkungen in der Mitteilung von Wertpapierpreisen und Börsenkursen aufgehoben, ohne Unterschied, ob es sich um kurze handelt, die an der Börse amtlich festgesetzt werden; oder um nicht zugelassene Wertpapiere. Für diese ganze Frage sind von jetzt ab also wieder ausschließlich die Bestimmungen des Börsengesetzes maßgebend. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Vorschriften des Reichsfinanzministeriums über die Heberlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich hiervon nicht berührt werden. Durch diese Vorschriften ist bekanntlich der Handel mit den vom Reichsfinanzministerium damals im einzelnen bezeichneten Wertpapieren verboten. Dieses Verbot bleibt bestehen.

Die Gründe für die Beschränkungen der Kursnotierungen an der Börse sind mit dem Friedensschluß hinfällig geworden. Mit ihrer Aufhebung werden viele Mißstände, die als Folge der Einengung des öffentlichen Wertpapiermarktes aufgetreten sind, schwinden. Die Bedenken, die aus der Furcht vor einer Ausbreitung der Spekulation gegen die Maßnahme hergeleitet werden könnten, wegen gering gegenüber der Tatsache, daß die Wirkung der Beschränkungsbestimmungen im Laufe der Zeit immer geringer geworden ist. Bei voller Öffentlichkeit der Preisgestaltung erhalten sowohl die Banken wie das Reich in erhöhtem Maße die Möglichkeit, Auswüchsen der Spekulation entgegenzutreten.

# Gewerkschaftsbewegung

## Beamtenausschüsse.

Ein Magistratsbeamter schreibt uns:  
Durch Verfügung der preussischen Staatsregierung vom 24. März 1910 wurden die Bestimmungen über die Bildung von Beamtenausschüssen bei den Staatsbehörden herausgegeben. An die 100.000 Beamten der Gemeindebehörden hat man höheren Orts scheinbar nicht gleich gedacht. Und gerade bei den Gemeindebehörden war die Bildung von Beamtenausschüssen auf gezielte Grundlage ungemein wichtig. Der Einfluss, den die Beamtenenschaft der Gemeinden auf die Verwaltung, auf das Wohl und Wehe der ganzen Bürgerchaft hat, ist so ungeheuer groß, daß der Bildung von Beamtenausschüssen im freizeittlichen sozialistischen Sinne nur das Wort zu reden ist. Durch eine Hunderttausend des preussischen Ministers des Innern vom Mai d. J. glaubte man das Verstummele dadurch etwas nachzuholen, daß man die Bildung von Beamtenausschüssen im Sinne der Staatsbehörden anregte. Dieser Anregung sind die Beamten nun auch wohl allenthalben gefolgt. Es gibt wohl keine Gemeinde mehr, die nicht ihren Beamtenausschüssen bei ihrer Verwaltung hätte. Doch wie sehen die Ausschüsse aus? Gezielt sind sie nicht. Also überall von dem Wohlwollen der Gemeindebehörde abhängig. Etwas ist ja zwar dadurch schon erreicht, daß sich die Behörden wieder dem Zuge der Zeit, noch der neuen Regierungsform entgegenstellen konnten. Etwas, aber nicht alles. Sind wir nun aber einmal beim Aufbau unseres Verwaltungswesens, dann wollen wir doch auch gleich ein gutes Fundament für die fernere Entwicklung errichten. Bei fast allen bestehenden Beamtenausschüssen spielen die Berufsvereine eine große Rolle. Als Sozialisten halten wir auch unbedingt den Gewerkschaftsgedanken hoch. Aber die Berufs- oder Standesvereine, wie sie ja noch aus den Friedenszeiten stammen, sind keine Gewerkschaften, wie sie sich ein Sozialdemokrat vorstellt. Der Geist, der noch heute in den Berufsvereinen herrscht, ist noch zu sehr in den Fesseln der alten bezopften Bureaucraten, die sozialistische Wästel hat ihn noch nicht erreicht. Zwei Drittel unserer Beamten schwimmt noch im alten Fahrwasser und würden es heute lieber als morgen sehen, daß die alte Zeit mit den Kaiser-Geburtsstagsfeiern, Sedanfesten und dem unaussprechlichen „Hurra“ wiederläme. Der Beamtenausschuss soll den Willen der gesamten Beamtenenschaft zum Ausdruck bringen. Durch die Berufsvereine wird dies nicht erreicht. Die kleine Schaar der Vorwärtstreitenden muß einen Krieg nach zwei Fronten führen. Einmal gegen den alten noch immer herrschenden Geist des bezopften Beamtentums, der Reaktion, andererseits gegen die Interesslosigkeit, die Indifferenz der anderen Kollegen. Alle sollen interessiert sein, alle sollen mitarbeiten an dem Aufbau der Beamtenausschüsse. Das ist aber einwandfrei nur dann möglich, wenn die Wahlen zu den Ausschüssen genau wie bei den Angehörigenausschüssen, in den Bureaus oder den Betrieben erfolgen. Nicht eine aufgezwungene Würde soll dem Gewählten sein Mandat sein, von hohen Gesichtspunkten aus soll er seines Amtes walten, frei von jedem Standeshütel, Kastengeist und Klassenhaß. Dazu müssen wir sozialistischen Beamten uns in erster Linie durchringen, dann werden die Ausschüsse auch in der Lage sein, Erprobung zu leisten, dann werden sie das sein, was alle Beamten von ihnen erwarten.

## Die Musiker und der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums.

Der Deutsche Musikerverband, Ortsverwaltung Berlin, schreibt uns:  
Im Reichsministerium fand am 1. August unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsrats Wulff die Tarifverhandlung zwischen dem Ortsverband Berlin des Deutschen Musikerverbandes und dem

Verein der Kaffeehausbesitzer statt. Diese Verhandlung wurde auf Beschluß des Schiedsgerichtsausschusses vertraulich geführt. Beide Parteien waren damit einverstanden, daß Berichte über die Verhandlung nicht eher veröffentlicht werden sollten, bevor nicht der Schiedspruch den Verbänden zur Abstimmung vorgelegt worden ist. Der anmeldende Pressevertreter der Arbeitgeber wurde auch deshalb nicht zu den Verhandlungen zugelassen. Die Arbeitgeber haben sich an diesen Beschluß nicht gehalten, sie haben schon vorher ausführliche Berichte über die Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium in die Öffentlichkeit gebracht. Sie haben sich auch nicht an die dem Musikerverband übermittelten Tarifvorschlüsse gehalten, sie reichten dem Arbeitsministerium bedeutend niedrigere Sätze ein, als sie schon vorher den Musikern endgültig bewilligt hatten. Als ein „Entgegenkommen“ konnte das von den Musikern nicht angesehen werden, sie bezeichneten es daher mit Recht als eine Provokation der Musikerchaft. Ein großer Teil der besseren Kaffees zahlte heute schon die geforderten Tarifsätze, ja in vielen Fällen noch darüber hinaus. Der Schiedspruch ist von der Spruchkommission einstimmig gefaßt. Wenn die Cafetiers durch Ablehnung des Schiedspruches die Ruhe im Kaffeehausgewerbe stören, so sind sie allein für die Folgen verantwortlich zu machen. Die Musikerchaft hat während des Krieges und noch nach der Revolution sich mit tariflichen Forderungen bescheiden im Hintergrund gehalten. Sollten die Cafetiers ihre Drohung wahr machen, die Musikern durch Militärmusiker zu ersetzen, so wird die Musikerchaft dies mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen.

In der Versammlung der Ensemblemusiker-Sektion am 6. August wurde der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums den Musikern bekanntgegeben. Nach einem ausführlichen Bericht des Vorsitzenden über die Verhandlungen im Ministerium empfahl er die Annahme des Schiedspruches. Obgleich nicht alle Forderungen der Musiker erfüllt seien, so habe doch das Reichsarbeitsministerium in allen sozialen Fragen grundsätzlich sich auf unsere Standpunkte gestellt und demgemäß auch entschieden. Unsere Forderungen sind also als durchaus berechtigt anerkannt worden und nicht als „übertriebene Forderungen“ hingestellt, wie die Arbeitgeber sie jetzt bezeichnen. Der freie Tag, die Pflicht des Arbeitgebers, in Krankheitsfällen dem Arbeitnehmer für eine bestimmte Zeit den Lohn weiter zu zahlen, der sechsstündige Maximalwochenarbeitstag, die Anerkennung des Cafetiers als Arbeitgeber (als solcher wurde bisher der Ensembleleiter betrachtet, der sich bekanntlich an den Musikergagen bereicherte) und zuletzt auch die Höhe des Mindestlohnes des Musikers, fand die Zustimmung des Reichsarbeitsamtes. Die Versammlung nahm daraufhin folgende Resolution an:

„Die Versammlung der Kaffeehausmusiker erklärt sich mit dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums einverstanden, obgleich nicht alle Forderungen der Musiker dadurch erfüllt werden. Insbesondere müssen die Kaffeehausmusiker die geringere und ungenügende Bezahlung der über die vierstündige Minimalarbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden bemängeln. Sie halten weiter die Erhebung des wöchentlichen freien Tages für unumgänglich notwendig und müssen ferner unbedingt eine längere Vertragsdauer mit den daraus sich ergebenden Konsequenzen hinsichtlich Bezahlung der Krankentage fordern.“

Die Berliner Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer Versammlung am Montag mit dem Antrage, den die Versammlung am 14. Juli dem Ausschuss überwiesen hatte. Es handelt sich um die Erhöhung des von den Gewerkschaften für das Sekretariat und für die Herberge zu leistenden Beitrages um je 10 Pf. Der Ausschuss befürwortete den Antrag, der dann mit großer Mehrheit angenommen wurde. Der Jahresbeitrag beträgt demnach insgesamt 60 Pf. pro Mitglied.

Ferner nahm die Versammlung Stellung zur Fortführung der Erwerbslosenfürsorge durch die Gewerkschaften. Infolge der Nachleistung können die Gewerkschaften mit der vom Magistrat gewährten Vergütung von 1/2 Proz. nicht mehr auskommen. Einige Redner betonten, es müßten 1 1/2 Proz. gewährt werden, wenn die Gewerkschaften nicht aus eigenen Mitteln zu den Verwaltungskosten der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge beitragen sollen, was zum Teil jetzt schon geschehe, aber doch nicht verlangt werden könne. Die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium wegen der Verordnung über die Entlassung der in den Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten hat das Ergebnis gehabt, daß der Verordnung eine andere Fassung gegeben werden soll.

## Streik im chemischen Großhandel.

Die Angestellten und Arbeiter werden aufgefordert, sich heute, Mittwoch 9 Uhr morgens im Streiktotal „Sophienfälle“, Sophienstraße 17, zur Entgegennahme wichtiger Informationen einzufinden.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Wäbeltransportarbeiter, Packer, Kutsher, Stallente und Wächter aus den Wäbeltransportbetrieben Groß-Berlins. Donnerstag, abends 7 Uhr, Versammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27; Bericht der Kommission über die Verhandlung mit den Wäbeltransporteuren bezügl. unserer Lohnsätze.

Kutsher, Stallente und Arbeiter aus sämtlichen Last- und Leichtfahrerbetrieben Groß-Berlins. Sonnabend, abends 7 Uhr, im Generalkassensaal, Engelstr. 15, Saal 4, Versammlung: 1. Bericht über das Ergebnis der Lohnsatzverhandlung mit dem Arbeitgeberverband. 2. Beschlußfassung.

## Angestellte und Arbeiter im chemischen Großhandel.

Wir ersuchen sämtliche Angestellten und Arbeiter sich heute früh um 9 Uhr in den Sophienfällen, Sophienstr. 17/18 (gr. Saal), einzufinden, um einen Situationsbericht über die Streiklage entgegenzunehmen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.  
Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Buchdrucker und Personal. Die bisher bei der Herstellung von Bennoten in Privatbetrieben beschäftigten Gemeinen versammeln sich am Donnerstag, den 7. August, nachm. 4 1/2 Uhr, im Schultheil, Neue Jakobstraße 24/25, zu einer wichtigen Besprechung. Gewerkschaftsvertreter und interessierte Kollegen und Kolleginnen sind dringend eingeladen.

Arbeitnehmerverband für das Friseur- und Haargewerbe. Mittwoch, Engelstr. 15, Saal 1, Versammlung: Die Heildauer des Tarifvertrages.

Zentralverband der Bankbeamtenversammlung. Freitag, 3. August, 7 1/2 Uhr, hält der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten im großen Saal der Germania, Chausseest. 110, eine öffentliche Bankbeamtenversammlung ab. Herr Dennis Burg spricht über „Hyänen des Schicksals“.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Bezirk Norden. Die für heute angelegte Mitgliederversammlung findet nicht statt, sondern im Lokal Volta-Edle Wallstraße. — Arbeiter-Schwimmverein Neutölln. W. d. A. M. U. Donnerstag, 7. August, 8 Uhr, Mitgliederversammlung der Krieger, Reuterstraße, Vereinslokal. — Reichsbund der Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Bezirk Charlottenburg, Section Dinterblende. Heute 6. August, 8 Uhr, im Lokal Spreestr. 26, Edle Wallstraße. Mitgliederversammlung. Neuaufnahmen finden dort statt. — Bekehrer. S. d. M. U. Morgen 7. August, 7 1/2 Uhr, Bekehrer-Kongress, Belle Alliancestr. 57, Versammlung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Scholz, Neutölln; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 8, Bureau 1. Verlag.

### Möbel-Fabrik N. S. Ball

Berlin W., Potsdamer Str. 27 a.

#### Muster-Wohnungseinrichtung

3 Zimmer u. Küche insges. M. 12 586,-

|   |   |
|---|---|
| <b>Speisezimmer</b><br>eichen, weiß geschliffen.<br>1 Büfett ..... M. 8500,-<br>1 Anrichteschrank M. 1500,-<br>1 Waschtisch<br>mit 4 Platten M. 725,-<br>4 Stühle m. Lederbezug à 150,- M. 600,-<br>komplett M. 9625,-                              | <b>Schlafzimmer</b><br>weiß Mattlack<br>1 Ankleideständer<br>m. Spiegel ..... M. 690,-<br>1 Bettstuhl à 312,- M. 624,-<br>2 Potentromotoren<br>à 75,- M. 150,-<br>1 Waschtisch<br>mit Rarmor ..... M. 552,-<br>1 Toilettenstapel M. 138,-<br>2 Badstühle mit<br>Rarmor à 144,- M. 288,-<br>2 Stühle à 65,- M. 130,-<br>komplett M. 2072,- |
| <b>Herrenzimmer</b><br>eichen gewachst.<br>1 Büfett ..... M. 975,-<br>1 Schreibtisch ..... M. 375,-<br>1 Arbeitstisch ..... M. 250,-<br>4 Stühle m. Lederbezug à 138,- M. 552,-<br>1 Schreibtisch<br>Rezeption ..... M. 100,-<br>komplett M. 2652,- | <b>Küche weiß lackiert.</b><br>1 Küchenschrank ..... M. 490,-<br>1 Küchentisch ..... M. 115,-<br>1 Küchenschrank ..... M. 56,-<br>3 Küchensitze à 25,- M. 75,-<br>1 Rohlentafel ..... M. 92,-<br>komplett M. 767,-  |

Cleberung frei Haus oder frei Bahnhof Berlin.  
Abbildungen stehen franco zur Verfügung.

# Besonders billige Preise!!!

Impr. Seidenmäntel (Riesenauswahl) 118, 135, 156, 178, 212  
Kunstseidene Strickjacken, hellblau, rosa, gold etc. 98, 115, 133, 148, 165  
Sportjacken 33, 41  
Tafeljacken 75, 98  
Cabardine-Mäntel, wasserdicht, 106, 127.

## Jetzt noch billig!!

|  |  |  |
|--|--|--|
| <b>Fesche Ulster</b><br>weiche, mollige Stoffe,<br>Friedensqualitäten,<br>150, 185, 215, 300 | <b>Gediegene Pelzmäntel</b><br>flotte Form, gedieg. Felle,<br>auf Damast gefüttert,<br>1200, 1500, 1800, 2500. | <b>Feine Plüschmäntel</b><br>beste Qualitäten,<br>neueste Formen,<br>875, 525, 700, 950. |
|--|--|--|

Aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratsbeamten  
Reinwollene Kostüme 90,-, 206,25, 237,50  
Feine Plüschmäntel 228,75, 230,10, 311,70

Entzückende Stoffröcke 33,-, Seidenröcke 88,-, Winter-Sportjacken 75,-

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115.  
Sonn tags geschlossen!  
Kriegsanleihe wird zum Kurse von 86 % in Zahlung genommen.

# Möbel!

## Sonder-Angebot!

Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Dielen-Möbel  
Küchen

in großer Auswahl  
zu billigen Preisen

Beste Verarbeitung + trodenes Material  
Verhandlung auch nach auswärts

### Combarde u. Möbelhaus „Bahnhof Börje“ G. m. b. H.

Dircksenstraße 43-44.

# CERTAN

Sicheres Mittel zur Vernichtung

## Wanzen und deren Brut

in Wohnräumen, Kellern, Baracken usw.

Unschädlich (Menschen u. Haustiere)  
Keine Beschädigung v. Möbeln, Wäsche u. dgl.

## Läusen bei Haustieren

(Rindern, Pferden, Schweinen, Ziegen usw.)

Reinigende Wirkung auf Haut u. Fell d. Haustiere  
Keine unangenehmen Nebenwirkungen

Rasche und sichere Wirkung  
Bequeme Anwendung in 5%iger wässriger Lösung

Erhältlich in den einschläg. Geschäften

# Emanuel Sondheimer,

Worms.

unterhält ständig großes Lager in Lebensmitteln, insbesondere Schmalz, Speck, Fett, Reis, Oel, Kaffee, Thee, Cacao, Chokolade, Seife, Stärke.

Billige Einkaufsbedingungen für Kommunalverbände und Gemeinden.

Rechtserheinische Zweigniederlassung u. Lager bei  
**Adolf Sondheimer, Bürstadt/Hessen.**  
Tel. - Amt Hampertheim 285, unbesetzt.

# Emmler's

Möbel-Fabrik

S. 59.  
Kottbuscherstr. 4/26

Speise-Zimmer  
Herren-Zimmer  
Schlaf-Zimmer  
Wohn-Zimmer  
Küchen  
in allen Preislagen.

## Totalausverkauf Pelzwarenhaus

Wegner, Potsdamer Str. 48.

Wegen Krankheit Auflösung meines Vagers. Reichhaltiger Totalausverkauf sämtlicher Pelzwaren in allen nur erdenklichen Preislagen zu selbstbilligen Preisen, da auf alle Fälle geräumt werden soll und muß. Nur einmalige Gelegenheitsverkauf in Brillanten, Ringen, Uhren, Ketten, Uhrengehäusen, Taschen, Börsen, Tafeln, Theatergläsern und vielem anderen. Günstigste Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer. Geschäft vom 9-12-7. Sonntag geschlossen.

## Tabak

Ähnliche Mischung „Mistel“ des Wests für die West, ohne Eucalyptus, künstliche Würze, noch besonders, seit Jahren erprobten Rezepturen von alter Tabakfabrik hergestellt. Vollkommen mild und angenehm. Preis pro 100 Pack à 100 g M. 65,-, per 500 Pack M. 325,-, lose in Säcken M. 10,- billiger. Bei Abnahme von 5 Str. 3%, 20 Str. 5%, 50 Str. 10%, Rabatt. Probebestell 45 Packchen ab. Lege Satz in Säcken à 40 Pf. und Nachn. 16/11

**G. O. Lietzmann,**  
Tabak- u. Zigarrenfabriken,  
Oßersleben (Bohe).

## Lernt Dekorieren!

Privat-Schule für Schaufenster-Dekoration von Leopold Lovinson, Berlin, Leipziger Str. 86, gegenüber Tietz. — Prospekt Tages- und Abendkurse.

## Kranke Ziegen

Am meisten Heilungserfolge bei der Behandlung von Krankheiten der Ziegen. — Preis 10 Pf. — Versandt nach allen Gegenden. — Mäßiger Honorar.

**Tierarzt Jüling,** **Ulbbener** **Am Schleißchen Tor.**  
1-10 1-10 Sonntags 11-1

# Eine schön entwickelte Figur

bildet den Hauptreiz einer jeden Dame. Pehlt Ihnen dies, so verzagen Sie nicht, selbst wenn Sie schon vieles versucht haben. „Piasosan“ (W. patentamtlich genehmigt) gibt Ihnen nicht nur feste volle Formen, sondern läßt auch alle knöchernen Stellen des Halses und elastisch die Falten des Gesichts. „Piasosan“ ist ein natürliches Alkalikum, das bei garantiert völliger Unschädlichkeit geradezu überraschende Erfolge erzielt. Um jeder Dame Gelegenheit zu geben, mein neues Präparat Piasosan zu probieren, habe ich mich entschlossen, 10.000 Proben gratis gegen Einsendung einer 15 Pf.-Marke für Porto zu versenden. Verlangen Sie deshalb ein Probepäckchen „Piasosan“ nebst Broschüre: „Die Hygiene der plastischen Schönheit durch Pflege, Stärkung und Vergrößerung der weiblichen Formen“ verschlossen und gratis von Frau Elisabeth Schwarz, Berlin 68, Abt. 33, Frau B. in W. schreibt: Bis mit der ersten Schachtel sehr zufrieden u. über den überraschenden Erfolg sehr erstaunt.

## Moderne Elektro-Drochken

mit Preisnummern, bestens repariert und hergerichtet, billig abgegeben. Näheres Fernstr. 21. 16/13

# ZIGARREN

pro Mille von 680 Mark an  
geht in großen und kleineren Posten an

Echter Schnupftabak 35 Pf. Schmalzer

Zigarren-Engros-Haus Neukölln  
Neukölln, Sehnitzstraße 4-5.

Das Werden der Verfassung.

Was tut eigentlich die Nationalversammlung? hat gar mancher zweifelnd oder mißmutig gefragt, wenn er für die Räte der Zeit keine Erlösung aus Weimar aufsteigen sah.

Vielleicht ließe sich dem Vorwurf mit der Entschuldigung dienen, daß es in einer Zeit, in der im ganzen wenig wirkliche Arbeit geleistet wird, in der viele sich erst langsam auf die Notwendigkeit des Schaffens besinnen und andere ihre Lebensaufgabe gar darin sehen, durch Vinderung jeder nutzbringenden Arbeit die Menschheit unfehlbar und mit möglichster Beschleunigung glücklich zu machen, — daß es da unbillig wäre, gerade von den Abgeordneten allein eine ganz besondere Ausnahme zu verlangen.

Ja, der Vorwurf der Untätigkeit läßt sich mit viel größerem Vorwurf zurückgeben. Gätten diejenigen Genossen, die mächtig im stillen den Kopf geschüttelt oder sich öffentlich mit dem Ausdruck des Mißbehagens an den Laden gelegt haben, statt dessen halb so viel Eifer für das Verfassungswerk und halb so viel Mißregung gezeigt wie etwa die Bodenreformer, die mit rührendem Eifer jeden Abgeordneten mit ihren Forderungen übersättigten, oder die Anhänger der Konfessionsschule, deren Petitionen mit 880 000 Unterschriften aufwarten konnten, dann wäre der Arbeit wohl in mancher Hinsicht ein besserer Erfolg beschieden gewesen.

Auch die Presse, unsere Parteipresse nicht zuletzt, trifft der Vorwurf. Sie hat tausend Sensationen und leeren Kleinram mehr Zeit und Raum gewidmet, als der mühseligen Fähigkeit, die ein halbes Jahr lang in Plenar-, Fraktions- und Ausschußberatungen der Verfassung gewidmet wurde, und infolgedessen wenig getan, um den lebendigen Strom der Gemeinschaft zu erhalten, der zwischen Volk und Parlament fluten muß, um die Arbeit des Gesetzgebers zu befördern.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Deutsche Übersetzung von Max Hochdorf.

Wir führen während der ganzen Nacht. Manchmal ließ einer auf einem Bahnhof ein Fenster hinunter. Dann drang in die Schwärzluft unseres Abteils ein dumpfer Kellerduft hinein. Aus der Finsternis schwanke eine Eisenbahnlaterne, die wieder dem nächsten Grunde zutanze.

Ränge und häufig standen wir still. Man mußte erst die Flügel mit den aktiven Truppen vorbeilassen. Mehrere solcher Flügel lärmten laut neben uns vorüber. Von der Schnelligkeit wurden die Linien der Fenster und das ungeheure Gedröhn der rollenden Wagen vermischt. Es war, als wenn alle die Soldaten dort in einen Anäuel zusammengeknäult würden. Das Auge, das in das Innere des Wagens eindrang, entdeckte unter einem steilen, armenischen Lichtlein eine lange, zitternde und ununterbrochene Kette, die von roten und blauen Farben eingehüllt wurde. So empfand man manchmal unermessliche Menschenmengen; eine jegliche war fast noch verärgelt mit der ersten. Und sie alle wurden empfindungslos und von überall fortgerissen den Landesgrenzen zu.

10. Kapitel: Die Mauern.

Beim Morgengrauen hielten wir. Man sagte uns: „Es ist so weit.“ Während und zähnelappernd stiegen wir aus. Wir waren selber noch ganz nachtschwarz und stonden auf dem Bahnsteig, der vom Morgendämmer schwärzlich übernebelt wurde. Die Nebeldecke, die in der Ferne von Geyseil durchzogen wurde, wälzte auch auf uns hernieder. Unsere Schatten waren aus den Eisenbahnwagen herausgetrieben worden. Jetzt schichteten sie sich nebeneinander und warteten, als wenn tote Waren in einer Winterdämmerung warteten. Feldwebel Marccassin holte die Befehle ein, und endlich kam er zurück und sagte: „Dorthin geht's.“

Wir mußten uns zu Dieren aufstellen. Der Feldwebel kommandierte: „Vorwärts, Marsch! Und stramm vorwärts! Und in ordentlichem Schritt! Vorwärts nach Einwärts! Und in ordentlichem Schritt! Vorwärts nach Einwärts!“ Der scharfgeschliffene Blick der Schritte riß die Flügel vom Boden.

Fischer und Vogel-Nürnberg. Am 4. März endete die erste Beratung. Noch am selben Abend konstituierte sich der Verfassungsausschuß von 28 Abgeordneten unter dem Vorsitz des Demokraten Gaußmann, der mit hingebendem, mitunter selbst etwas überstürzendem Eifer die Verhandlungen geleitet und gefördert hat. Wenn man heute rückblickend die Arbeit prüft, möchte man lieber, daß sie noch zwei Monate länger gedauert hätte und dafür etwas ruhiger und noch gründlicher verlaufen wäre.

Aber im Flusse der Arbeit selbst konnte diese Erwägung nicht durchschlagen. Hier mußten die Sorge um's Fertigtwerden, das brennende Verlangen, bestimmte Ergebnisse zu zeitigen, die Furcht vor einem ergebnislosen Auseinandergehen, wie es die Friedensdebatte befürchtete, nicht zuletzt das abschreckende Beispiel von 1848/49 vorwärts peitschend wirken.

So wurde scharf und unermüdet gearbeitet, fuhend auf den Entwürfen des Ministers Dr. Braub, der durch Klugheit und eifrigste Sachlichkeit dem Gelingen vorgearbeitet und immer wieder wertvollen Stoff beige-steuert hat. Von der sozialdemokratischen Fraktion saßen elf Mitglieder im Ausschuß, darunter Duard als stellvertretender Vorsitzender, und Kayenstein als Schriftführer. Unter den 24 Berichterstattern waren neben den Genannten noch Rahmann, Keil, Meersfeld, Frau Pfälz, Singheimer und Steinkopf. Genosse Duard war Leiter unserer Ausschußfraktion, die häufig, mitunter auch in Gemeinschaft mit außerhalb der Fraktion stehenden, beriet.

Der Saal für die Proben des Weimarer Nationaltheaters, dessen große Quertüre eine große Huldigung der Künstler, von Leonardo da Vinci bis Richard Wagner, schmückt, sah in diesem Halbjahr ungewohnte Schaupiele. Er diente als Sitzungsraum der sozialdemokratischen Fraktion, mit ihren 165 Mitgliedern, der weitaus größten der Nationalversammlung, sonst aber als großer Ausschußsaal hauptsächlich der Verfassungsberatung, die sich größtenteils dort — zum kleineren Teil im Mai und Juni in Berlin im Reichsamt des Innern, in der Wilhelmstraße — vollzog. Neben den 28 Ausschußmitgliedern, denen sich gewöhnlich einige Abgeordnete als Zuhörer anschlossen, saßen da die Vertreter der Reichsregierung und der Landesregierungen, von denen viele fördernd, einige, wie die Vertreter Bayerns, recht oft hemmend auf den Fortgang des Werkes eingewirkt haben. Ferner die amtlichen Protokollführer und einige Pressevertreter. Im ganzen etwa 60—70 Personen.

In 45 Sitzungen, darunter einer Reihe ganz-tägiger, wurde die Arbeit in zwei Lesungen vollbracht. Daneben saßen Unterausschüsse, von denen namentlich der für die Grundrechte (Vorsitzender D. Naumann, Schriftführer Kayenstein) und der Redaktionsausschuß eingehende Arbeit leisteten.

Noch nicht abgeschlossen ist das Wahlgesetz, und jetzt ist dem Ausschuß mit der Vorlage betreffend Bildung eines Staatsgerichtshofes neue Arbeit, die auf der Verfassungsarbeit beruht, zugewiesen worden.

Alles in allem haben die tätigen Mitglieder mit Doppel-sitzungen und den Fraktionsbesprechungen über 100, mit Einrechnung der Plenar- und sonstigen dem Gegenstand gewidmeten Verhandlungen noch einige Duzend mehr Sitzungen abgehalten. Neben ihrer häuslichen Arbeit und sonstigen parlamentarischen Tätigkeit.

An den Beratungen nahmen sämtliche Fraktionen, von dem konservativen Delbrück bis zum Unabhängigen Cohn, mit regstem Eifer und größter Sachlichkeit teil. Am 18. Juni wurde der Entwurf, dem auch der kurze Entwurf eines Rätegesetzes eingearbeitet war, nebst fünf Entschließungen, betreffend Schaffung einer Reichsvermittlungsstelle zur Förderung einer zweckmäßigen Gliederung der Einzelstaaten — mögliche Beseitigung der Zwergstaaten — die Anstellung der Reichsbeamten — Abschaffung der Militärjustiz und Verrückung der unehelichen Kinder, ans Plenum gebracht. Er zerfiel in zwei große Hauptteile: I. Aufbau und Aufgaben des Reichs

mit den Abschnitten Reich und Länder — Reichstag — Reichspräsident und Reichsregierung — Reichsrat — Reichsverwaltung, II. Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen mit den Abschnitten Einzelperson — Gemeinschaftsleben — Religion und Religionsgesellschaften — Bildung und Schule — Wirtschaftsleben. Dazu Ueber-gangs- und Schlußbestimmungen: insgesamt 173 Artikel.

Für die zweite Lesung im Plenum waren 13 Berichterstatter, darunter die Genossen Duard, Kayenstein, Singheimer, bestellt. Sie umfaßte zehn, darunter einige ganz-tägige Sitzungen vom 2. bis 18. Juli und vollzog sich unter lebhafter, vielfach mit dem Mißvergnügen der Zuhörer begründeter Teilnahme von Diskussionsrednern. In dritter Lesung schloß die Arbeit vom 29. bis 31. Juli.

Als am Abend des 31. Juli Genosse Löbe namens unserer Fraktion erklärte, daß wir nicht mit leichtem Herzen, aber doch im Vertrauen auf die weitertreibende Kraft unserer Bewegung der Verfassung im ganzen zustimmten — als dann mit 232 Stimmen gegen die 75 der Unabhängigen und der beiden Rechtsparteien die Verfassung in namentlicher Abstimmung angenommen und von den Genossen Bauer und David wie von dem Präsidenten Februnbach begrüßt wurde, war ein großes Stück schwerer und hingebender Arbeit vollbracht. Ob es nur vorübergehende Tagespolitik, wie die Gegner hoffen, oder geschichtliche Arbeit, nicht unwandelbar, aber doch grundlegend für die Dauer, bedeutet, das wird die Zukunft lehren. Wir wissen, daß sie günstiger urteilen wird als die Gegenwart, die das nötige Augenmaß nicht besitzen kann und allzu sehr von Tagesfragen bewegt wird, um unbefangenen das Erreichte zu prüfen.

Groß-Berlin

Neubildung der Sicherheitspolizei in Berlin.

Bei der Berliner Polizei ist eine Umgestaltung im Gange. Aus jungen und reiferen Leuten wird eine „Sicherheitspolizeimannschaft“ gebildet, die nur zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der staatlichen Ordnung verwendet werden soll. Sie wird mit modernen Waffen ausgerüstet und in Kasernen untergebracht, steht aber unter einer Zivilbehörde, dem Polizeipräsidenten. Die bisherige Schutzmannschaft gibt ihre Waffen ab, erhält dafür Sammelkassen und beschränkt ihre Tätigkeit auf die Aufgaben der Verkehrspolizei, der Gewerbe-, der Gesundheitspolizei usw. Sie soll allmählich auf etwa die Hälfte vermindert werden, wobei den Beamten die Wahrung aller Rechte zugesichert wird.

Diese Umgestaltung wird unter anderem damit begründet, daß infolge der durch den Friedensvertrag vorgeschriebenen weitgehenden Verminderung des Heeres (auf 100 000 Mann) künftig bei Ausbruch größerer Unruhen oder beim Auftreten von Verbrechenden die Polizei nicht mehr Unterstützung durch Militär zu erwarten hat. Die Sicherheitspolizei müsse jetzt selber eine straff organisierte Truppe sein, die in Kasernen zusammenzufassen ist, damit sie jederzeit zur Verfügung steht. Der Landespolizeibezirk Berlin, der Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Nichtenberg umfaßt, hatte bisher eine Polizei von 7200 Mann. Die Verminderung der Dienststunden infolge des Achtstundentages erfordert eine Vermehrung der Mannschaften für den Sicherheitsdienst auf 9000. Die Umgestaltung, die erst als Provisorium gedacht ist, wird am 1. Oktober in Kraft treten. Sie bedeutet nicht eine Militarisierung, sondern gegenüber dem jetzigen Zustand eine Entmilitarisierung der Polizei. Denn zurzeit wird ja in Berlin der eigentliche Sicherheitsdienst vom geringeren Teil durch die alte Schutzmannschaft, zum größeren Teil durch Militär ausgeübt. Von der neuen Polizeitruppe erwartet man, obwohl sie kein Militär sein wird, daß ihrer Organisation und ihrer Ausrüstung eine wirksame Bekämpfung des Verbrechens, die natürlich ein enges Zusammenwirken mit der Kriminalpolizei voraussetzt.

Die laut gewordene Befürchtung, daß künftig bei der Sicherheitspolizei noch mehr als bei der alten Schutzmannschaft der Unteroffizier- und Kasernenhelfer gegenüber der Bevölkerung einreisen werde, ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Da wird Vorlage getroffen werden müssen, daß wir von einer Wiederkehr dieses vielbesagten Ausmaßes verschont

alles das riecht ganz frisch. Noch und noch löse ich mich aus dem quetschenden Gedränge heraus. Ich gehe in der Kammer von einem Ort zum andern und verlasse sie mit einer roten Hose und trage auf dem Arm meine Zivilkleider und eine blaue Jacke. Ich halte Zivilhut und Militärmütze noch in der Hand, aber ich getraue mich nicht, eines von beiden aufzusetzen.

Dann sind wir alle gleichmäßig eingekleidet. Ich mustere die andern, da ich mich selber nicht mustern kann, und so sehe ich mich selbst in den anderen. Trübselig nehmen wir unser Essen ein, derweilen in einem dunklen Winkel ein winziges Kerzlein flackert. Dann werden die Ebnäpfe gereinigt, und wir gehen zum großen, grau starrenden Koiernenhof hinunter. Eben ist der ganze Schwarm dort zusammengeknäult, als ein Gitter in die Angeln hineinkreicht und eine Kette wird vor das Gitter gespannt. Die Schildwache mit dem Gewehr im Arm geht auf und ab. Das Ausgehen ist verboten. Zuwiderhandelnde werden nach Kriegsrecht bestraft.

Im Westen und jenseits des weißkäuigen Geländes liegt in feiner Vertiefung der Bohnhof. Er ist rot umleuchtet, er dampft wie eine Fabrik, halb verbländetes Lichtgeflecht zuckt über den Bahnhofshallen auf. Zur anderen Seite verläuft die Einbuchtung einer Straße. In dieser länglichen Schlucht sind einige erleuchtete Fenster, und das Flimmern in einer Geschäftsanlage sichtbar. Ich drücke das Gesicht an das Kasernenhofgitter und betrachte diesen Widerschein eines anderen Lebens. Dann kehre ich in das düstere Treppengewölbe, in den Gang und in den Schlafraum zurück. Ich bin ein Etwas, und ich bin hoch ein Nichts. Ich bin nur ein Nichts. Ich bin nur ein Wassertropfen in einem großen Gewässer.

Wir strecken uns ins Stroh, wir decken uns mit mageren Decken zu. Ich lehne den Kopf auf das Bündel meiner Zivilkleider und lasse ein. Am Morgen finde ich mich wieder, und ich krampe mich aus einem langen Traum heraus, der mir plötzlich ganz unbeschwerlich scheint. — Mein Nachbar sitzt aufrecht in seinem Stroh. Die Haare fallen ihm ins Gesicht, er froht sich die Nase. Er räht ihm riecheln die Tränen und den Augen und er sagt: „Ich hab' von den Meinen geträumt.“

Mein Nachbar sitzt aufrecht in seinem Stroh. Die Haare fallen ihm ins Gesicht, er froht sich die Nase. Er räht ihm riecheln die Tränen und den Augen und er sagt: „Ich hab' von den Meinen geträumt.“

bleiben. Der alten Schutzmannschaft, die nur noch Wohlfaß-  
politik sein soll, wird es auf diesem Gebiet leicht werden, zur Ver-  
sicherung in ein freundlicheres Verhältnis als bisher zu kommen.  
Beide Teile, die Bevölkerung und die Polizeibeamten, werden das  
als einen Gewinn begrüßen.

### Keine „Partei-Egoisten“!

Die Hese gegen die Arbeiterräte der S. P. D.  
wird auf verschiedene Art betrieben. Unter den Arbeitern der  
S. P. D. in Hennigsdorf soll durch folgendes Verfahren gegen  
sie Stimmung gemacht werden. Die Arbeiterräte der U. S. P. D.  
und der S. P. D. geben dort durch Anschlag bekannt:

An die gesamten Hand- und Kopfarbeiter der KEG-Ver-  
triebe, Hennigsdorf.

#### Kollegen und Kolleginnen!

Die Klärung in der Groß-Berliner politischen Situation  
ist erfolgt. Nachdem die Vertrauenskörperschaften der Sozial-  
demokratischen Partei wiederholt die durch die Berliner Räte-  
organisation geleiteten Bewegungen der Arbeiterschaft gebremst  
und sabotiert haben, sind sie nun offen als Gegner des  
Rätebaus entlarvt. Durch die Beschlüsse vom 23. Juni  
und 18. Juli haben sie sich als willfährige Ver-  
treter der Verratpolitik der Ebert, Noske und  
Königsberg ausgesprochen und auf  
demagogische Weise die Spaltung des Volkswil-  
lens und der Volkserhebung herbeigeführt. Die  
Schlußfolgerung ist klar. Entweder man sieht auf dem Boden  
des uneingeschränkten Rätebaus und erkennt die  
Vollversammlung der Arbeiterräte als souverän an oder man ist  
Partei-Egoist und sät sich den Anordnungen der Partei!  
Nachdem der Vertreter im Arbeiterrot der S. P. D. sich auf den  
Boden der Beschlüsse der Bezirksorganisation der S. P. D. ge-  
stellt hat, erklären Unterzeichnete, daß sie es als ehrliche  
Revolutionäre mit ihrer Ueberzeugung nicht  
vereinbaren können, mit ihm länger zusammen  
zu arbeiten und stellen ihre Mandate der Hennigsdorfer  
Kollegen zur Verfügung. Wir legen die Entscheidung in die  
Hände der Kollegen und muß die Renonciation des Arbeiter-  
rates das Urteil der Belegschaft sein.

Die U. S. P. D. und S. P. D.-Arbeiterräte.

Run wissen wir's, Arbeiterräte der U. S. P. D. und der S. P. D.  
Nagen über „Partei-Egoismus“! Und den Vertrauenskörperschaften  
der S. P. D. werfen sie vor, die durch die Berliner Räteorganisation  
geleiteten Bewegungen „gebremst und sabotiert“ zu haben! Wie  
wenn nicht vorher die Arbeit der Arbeiterräte Groß-  
Berlins andauernd durch den Partei-Egoismus der U. S. P. D.  
und der S. P. D. gebremst und sabotiert worden wäre! Nach ihrem  
Wunsch sollte das Feuer der durch die Berliner Räteorganisation  
geleiteten Bewegungen dazu dienen, daran die Parteiführer der  
U. S. P. D. und der S. P. D. zu lodern. Die „ehelichen Revolutionäre“  
bei der S. P. D. in Hennigsdorf versuchen es jetzt mit der Niederlegung  
ihrer Mandate und appellieren an die Kollegen der Belegschaft,  
öffentlich wird sie ihnen bei der Renonciation des Arbeiterrates die  
verdiente Antwort geben.

### Warnung vor „U. S. P. D.“

Die „Freiheit“ veröffentlicht folgende erweiternde Mitteilung:  
Warnung vor einem Schwindler. Der durch seine Tätigkeiten  
in der reaktionären und antisemitischen Flugblattliteratur sattsam  
bekannte Wilhelm Marten hat einen, wie er es nennt,  
„Unabhängigen Sonder-Briefdienst“ gegründet und versendet  
von diesem aus allerlei Nachrichten, die er mit den ersten Buch-  
staben seiner Firma, also „U. S. P. D.“ versieht. Der Mann  
will zweifellos den Eindruck erwecken, als ob die Nachrichten  
von der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutsch-  
lands, die bekanntlich ebenso abgefaßt wird, herrühren. Wir  
warnen daher hiermit alle Genossen vor diesem antisemitischen  
Schwindler.

Wie —!? Ein reaktionärer Literat kommt bei der un-  
abhängigen „Freiheit“ in den Verdacht, mit seinen Geistes-  
erzeugnissen „den Eindruck erwecken zu wollen“, daß sie von der  
„Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ her-  
rühren? Sie hält eine Verwechslung allen Ernstes für mög-  
lich und glaubt daher, ihre „aufgeklärten“ Genossen vor einem  
Reisfall auf das gleichlautende Firmenbild „U. S. P. D.“ warnen  
zu sollen? Da schwebt ihr wohl vor, daß die Exzente sich be-  
rühnen und die Unabhängigen mit den Reaktionen in dem  
Kampf gegen die Sozialdemokratie wetterten. Vielleicht hat das  
Bild doch nicht so ganz unrecht, wenn es fürchtet, daß mancher  
der unabhängigen „Freiheit“-Leser manchmal das Geschriebene eines  
Reaktionärs für eine „offizielle“ Verlautbarung seiner „U. S. P. D.“  
halten könnte.

### Reichstagung der inaktiven Unteroffiziere.

Eine Reichstagung des Verbandes der inaktiven Unteroffiziere  
sind vom 8. bis 5. August in Berlin statt.

Zweie-Berlin berichtete über die Sicherstellung der  
inaktiven Unteroffiziere und Mannschaften für  
die Zeit nach ihrer auf Grund des Friedensvertrages notwendig  
werdenden Entlassung. Kein Soldat dürfe entlassen werden,  
dem nicht Arbeit nachgewiesen ist. Die Regierung habe auch die  
Möglichkeit, beim Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens, in der  
Landwirtschaft und in den umfangreichen Staats- und Kommunal-  
betriebe Arbeiter unterzubringen. Die Arbeitsleistung müsse aber  
eine freiwillige sein. Der Redner schlug vor, den Unteroffizieren  
und Mannschaften durch einen Arbeitsnachweis des Verbandes der  
inaktiven Unteroffiziere und Mannschaften Arbeit nachzuweisen.  
— Zwei Vertreter des Reichsarbeitsamtes machten vertrauliche  
Mitteilungen über die Absichten des Reichsarbeitsamtes. Die Re-  
gierung werde sich nach Möglichkeit bei entlassenen Unteroffizieren  
und Mannschaften annehmen.

In der Diskussion wurde Gleichheit der Wohnung ver-  
langt. Scharf kritisiert wurde eine Antwort des Reichswirtschafts-  
ministeriums, das es ablehnt, den Verband inaktiver Unteroffi-  
ziers als Interessenten anzuerkennen und ihm eine Vertretung  
im Kriegsministerium zu bewilligen. Verügt wurde, daß trotz  
mehrfacher Einladung das Reichswirtschaftsministerium keine Vertretung  
geschickt hatte. Ein Vertreter aus Baden erklärte, daß er  
auf entschiedenen Widerspruch seiner Kameraden stehen würde,  
wenn er ihnen erklärte, daß sie sich am Wiederaufbau Nordfrank-  
reichs und Belgiens beteiligen sollten. Vor allem dürfe niemand  
zur Beteiligung gezwungen werden. Die Vertreter Württem-  
bergs und Bayerns schlossen sich diesen Ausführungen an.

Kuppel referierte dann über die Forderung einer  
Teuerungszulage. Während die aktiven Unteroffiziere eine  
Teuerungszulage erhalten haben, hat man sie den inaktiven bis  
heute verweigert. Die Not sei aber so groß, daß sie die Zu-  
lages unbedingt erhalten müßten. — Die Delegierten erklärten,  
daß sie auf ihr früher von den einzelnen Verbänden gestellten  
Forderungen keine Antwort erhalten hätten bzw. sie nicht ge-  
nehmigt seien. Auf Vorschlag von Friedrich-Wabern wurde  
eine achtgliedrige Kommission zur Ausarbeitung einer Denks-  
chrift und Festlegung der Zulagenhöhe gewählt. Befordert wird  
Gleichstellung in den Bezügen mit den aktiven Unteroffizieren. Die  
Kommission soll in Weimar die Denkschrift der Regierung und  
den Fraktionsvorständen überreichen.

Nach längerer Erörterung wurde beschlossen, daß auch Mann-  
schaften und entlassene Unteroffiziere in den Bund  
aufgenommen werden können.

Am dritten Tage referierte Zweie-Berlin über die Grün-  
dung eines Reichsverbandes. Er schlug eine Einteilung  
nach den einzelnen Staaten vor. Die Organisation soll in Be-  
triebs-, Orts- und Regimentvereine gegliedert werden. Nach zu-  
sammenfassenden Erklärungen der süddeutschen Delegierten wurde die  
Gründung eines Reichsverbandes beschlossen, der den Namen „Ber-

band der inaktiven Unteroffiziere und Mann-  
schaften Deutschlands (Reichsunteroffiziersverband)“ führt. Zweck  
ist die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen. Sitz ist Berlin.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsamtes referierte über  
die Arbeitsmöglichkeiten. Es sei möglich, Arbeitskräfte  
in der Landwirtschaft, im Bergbau und beim Wiederaufbau Nord-  
frankreichs und Belgiens unterzubringen, doch müßten die An-  
sprüche an Unterhalt fast zurückgeschraubt werden. Der Verband  
müßte mit den lokalen Arbeitsnachweisen zusammen arbeiten. Das  
Reichsarbeitsministerium werde ihn nach Möglichkeit unterstützen.

Den Rest der Tagung füllte die Statutenberatung für den  
Reichsverband aus.

### Arbeiterräte und kommunale Arbeiterräte der S. P. D.!

Am Donnerstag, nachmittags 1/2 5 Uhr, findet im Königs-  
städtischen Gymnasium, Elisabethstr. 86, eine Fraktionsitzung  
statt. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion aus der vorigen  
Sitzung. 2. Bericht des Fraktionsvorstandes und des Vollzugsrats.  
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünkt-  
liches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Fraktionsvorstand.

### Funktionäre der Großen Berliner Straßenbahn (S.P.D.)

Donnerstag, nachmittags pünktlich 5 Uhr, Sitzung der  
Funktionäre der Großen Berliner Straßenbahn im Dessauer Garten,  
SW 11, Dessauer Str. 1. Wegen der äußerst wichtigen Tagesord-  
nung ist es Pflicht jedes einzelnen, in der Sitzung zu erscheinen.

### Aufklärung des Raubmordversuchs an den türkischen Juwelenhändler.

Der Raubüberfall auf den türkischen Juwelenhändler Leon,  
bei dem den Räubern 120 000 M. bares Geld in die Hände ge-  
fallen waren, ist aufgeklärt. Trotz großer Schwierigkeiten ist es  
gelungen, die drei Räuber, den 23 Jahre alten aus Konstantinopel  
gehörigen türkischen Oberleutnant Edib Schütri, dessen Verwandten,  
den 28 Jahre alten Kaufmann Mehmed Schütri und den türkischen  
Kommissionär Rischdi in drei verschiedenen Städten, in Hof, in  
Mannheim und in Hamburg, ausfindig zu machen und festzu-  
nehmen. Der verhaftete Oberleutnant Schütri hat eine bewegte  
Vergangenheit hinter sich. Als Offizier der hiesigen türkischen  
Kommission hatte er die Bekanntschaft einer reichen deutschen Witwe  
gemacht und sich mit ihr, um in den Besitz ihres Geldes zu ge-  
langen, zum Schein verheiratet. Er fuhr mit seiner jungen Frau  
schleunigst nach Schlesien und erheob als deren Mann das ganze  
Geld, in ganz kurzer Zeit aber war das Vermögen der Witwe durch-  
gebracht. Schütri jenseit auf einen neuen Plan, sich wieder Geld zu  
verschaffen, und trat mit seinem Landsmann Rischdi zusammen.  
Dieser, der sich Kommissionär nennt, ist ein auch in der türkischen  
Kolonie sehr überausmühter Mensch. In ihre Pläne wurden  
außerdem noch ein Türke namens Fuad, ein türkischer Oberleu-  
tnant Kouri und der Verwandte Schütris, der Kaufmann Mehmed,  
eingeweiht. Ihr erster Plan, den Juwelenhändler Leon nach einem  
Einkauf zu locken, ihm das Geld abzunehmen und zu verschwinden,  
schlug fehl. Leon wurde durch Fuad nach dem Hause Konstanzer  
Straße 5 zum Juwelenkauf bestellt. Er ging auch hin, gab aber  
das Geld nicht aus der Hand, und so geschah sich das Geschäft.  
Jetzt beschloßen die Türken, ihren Landsmann zu ermorden und zu  
verrauben. Oberleutnant Schütri mietete zu diesem Zweck die  
mehrgliedrige Wohnung eines Kaufmanns in der Essener Straße. Dort-  
hin lockten nun die Betrüger den Juwelenhändler. Sie warfen  
ihm, als er sich bückte, um einen Koffer, der die Schmuckstücke ent-  
halten sollte, zu öffnen, eine herabgehaltene Schlinge um den Hals  
und verhafteten ihn zu erwürgen. Als dieses nicht gelang, warfen  
sie ihn in die Badewanne, in der Absicht ihn zu ertränken. Als  
Leon aber jubel Lärm machte, ließen sie ihn, nachdem sie ihm die  
Brusttasche mit 120 000 M. geraubt hatten, gefesselt liegen und  
eilten davon. An diesem Ueberfall waren der Oberleutnant Schütri,  
der Kaufmann Schütri und der „Kommissionär“ Rischdi beteiligt,  
während Oberleutnant Kouri drougen Schüttere stand. Mehmed  
Schütri fuhr nach Leipzig. Der Oberleutnant Schütri und Rischdi  
führten noch in derselben Nacht nach Danzig und Fernnachrichten  
dort in einem Hotel. Hier fand man als erste Spur von ihnen  
unter dem Kopfkissen eine Banknote von Tausendmarktschein, die  
um das geraubte Geld gefächelt gewesen war. Nach der Ver-  
haftung, die später von den beiden ausländischen Hotelgästen ge-  
geben wurde, unterlag es keinem Zweifel mehr, daß es die beiden  
Räuber waren. Diese fuhrten nach Leipzig, trafen aber Mehmed  
Schütri nicht mehr an. Er war sofort nach Hamburg weiter-  
gereist, um von dort nach der Türkei zu fahren. Die demarchen-  
dichte dortige Kriminalpolizei beobachtete die Abreise der Mitglieder  
der türkischen Kolonie, fand unter ihnen Mehmed Schütri und  
nahm ihn fest. Edib Schütri und Rischdi hatten sich in Leipzig  
auch getraut und waren nach Süddeutschland gefahren. Inzwischen  
war es der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, einen Koffer Schütris  
aufzufinden, in dem sich zahlreiche Bilder und Uhren von Damen  
befanden, mit denen er Beziehungen unterhalten hatte. Durch  
vorsichtige Fühlungnahme mit diesen und Abwachen von Tele-  
phongesprächen aus einer Nebenzelle, kam die Kriminalpolizei auch  
auf die Spur der beiden anderen Räuber. Sie nahm Oberleutnant  
Schütri in einem Hotel in Hof fest und beschlagnahmte bei ihm  
noch eine größere Geldsumme. Die Spur Rischdis führte nach  
Mannheim, wo die Kriminalpolizei zu seiner Festnahme schreiten  
konnte. Auch bei ihm fand man noch einen großen Betrag. Beide  
zusammen hatten über 60 000 M. Genuß wird jetzt noch der  
türkische Oberleutnant Kouri. Er ist 1,74 Meter groß und schlank,  
hat dunkle Augen und dunkles Haar und ist besonders dadurch  
kenntlich, daß er das rechte Bein fast nachschleppt, einen mit einem  
grauen Handschuh behafteten künstlichen rechten Arm hat und  
schlecht deutsch spricht.

### Rückgang der Tabakprodukte.

In letzter Zeit sind derzeit große Kosten englische Zigaretten  
auf den Markt geworfen worden, daß sich im Großhandel eine  
Preissenkung bemerkbar macht. Nachdem noch vor zwei Wochen der  
Eingekaufspreis über 60 Pf. pro Stück war, sind Zigaretten  
heute bereits an vielen Stellen mit 45 Pf. angeboten worden.

In letzter Zeit sind erhebliche Kosten undaunderholter Ziga-  
retten beschlagnahmt und dem Landespolizeiamt überwiesen worden.  
Die die Beschlagnahme vornehmenden Beamten und Beamtinnen  
richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, den Großveräußern die  
Ware abzunehmen. Gegenüber den kleinen Straßenhändlern, die  
ihre geringe Höhe in ihrem kleinen Warenbestande investiert haben,  
wird im allgemeinen schonend vorgegangen.

Anders liegen die Verhältnisse auf dem Zigarrenmarkt. Im  
Straßenhandel sind Zigarren verhältnismäßig wenig anzutreffen.  
Die Ladengeschäfte indessen halten, um an ihren Beständen keine  
Verluste zu haben, die Preise weiter hoch, obwohl die Großverkaufs-  
preise erheblich zurückgegangen sind. Aus Holland werden bereits  
jetzt Zigarren in großen Posten zum Preise von 45 Pf. das Stück  
eingeführt, während solche gleicher Qualität hier noch immer mit  
1,20 Pf. im Kleinhandel bezahlt werden. Es muß auch darauf hin-  
gewiesen werden, daß von den Mindener und Hamburger Ziga-  
renfabriken erhebliche Posten holländischer Zigarrenfabriken ein-  
gekauft worden sind, und daß daher der Zigarrenhandel voraussicht-  
lich in Kürze mit billigeren und qualitativ besseren Rauchwaren  
besetzt wird. Sache des Publikums ist, darüber zu wachen, daß  
die Händler, um keine Verluste an ihren Beständen zu haben, die  
Preise länger hoch halten, als es notwendig ist.

Berlin hat eine Genossin auf dem Wege vom Potsdamer Platz  
bis zum Alexanderplatz ein Portemonnaie mit Inhalt und einigen  
wichtigen Adressen. Gekleine Finder werden gebeten, es im Bureau  
des Bezirksverbandes, Wellesufer 7, abzugeben.

Der „Wahrer Jacob“ ist erschienen und gelangt ab heute in der  
Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. 250 g Käse bis 8. August in den Großverpackungsbezirken 61,  
92, 94, 95, 106, 109, 111, 171, 202, 213, 227. — Vom 11. bis 17. August  
neben der üblichen Wochenportion von 40 g Butter und 50 g Margarine  
eine weitere Margarineportion von 50 g. Ferner 125 g Schmelzmasse  
(aus eigenen Käsefäden der Reichshauptstadt Berlin im neutralen Ausland).  
An Reichsbrotportionen ebenfalls 50 g Margarine und 125 g Schmelzmasse  
an Einheitsbrotportionen.

Erstgüt. Bis 9. August Verkauf von amer. Rindfleisch, 250 g zu  
1,45 Pf. Gleichzeitige Anmeldung von 250 g amer. Rindfleisch zu 1,45 Pf.  
— Bis 22. August Verkauf von Nahrungsmitteln an Kriegsbeschädigte, die min-  
destens 50 Proz. erwerbsunfähig sind, 1000 g gef. Rubeln zu 1,32 Pf., 1000 g  
Hofkuchen zu 1,24 Pf.

Krebstau. 2 Pf. Kartoffeln. Als Ersatz für Kartoffeln 250 g Kar-  
toffelbraten, 250 g Bohnen, 250 g Erd., 30 g Butter, 40 g Marga-  
rine. Auf L 12 der Einheitsbrotportion 50 g Auslandsbutter und 140 g  
Margarine. 500 g Teigwaren, 250 g Reisfabrikat, 125 g Suppen für  
Jugendliche 4 Teile & 250 g Mühsuppe für Personen über 65 Jahre  
500 g Roggenmehl oder Rührliefer. Auf K 12 der Einheitsbrotportion 250 g  
Auslandsmehl. Heringe marzipanfrei. Backpulver pro Pfd. 5,10 Pf., Bäck-  
pulver pro Pfd. 2,20 Pf.

Wanted. In der Woche vom 4. bis 10. August vom 7. August 1919  
ab auf Reichsfleischkarte statt Fleisch 250 g amerikanische Speckwaren.  
Eingewaschene Knochen und Knochenbrühe dürfen nicht über 30 g wiegen.  
Von trockenem Fett werden nur 200 g gegessen. Preis 4,15 Pf. für  
1 Pf. keine Gewähr für Trügnisfreiheit! Nur ganz frisch oder durchgebraten  
zu genießen! Ersatz durch Nahrungsmittel wird nicht gewährt. — Vom 6. August  
ab 500 g Schnitt- oder Roggenmehl für 66 bezw. 70 Pf.

### Gerichtszeitung.

#### Der Taphorfer Putz.

Als Mädelstührer bei den Erzfällen in Taphorf, bei  
denen es sich um den gewaltsamen Versuch, von der dortigen Mi-  
litärartillerie Waffen und Munition zu erhalten, handelte, hatte sich  
der Pferdebesitzer Ernst Schramm vor dem außerordentlichen  
Kriegsgericht des Landgerichts III zu verantworten. Die dortigen  
Vorgänge sind schon vor längerer Zeit Gegenstand kriegsgerichtlicher  
Verhandlung gegen eine größere Zahl von Personen gewesen. Auf  
Grund der jetzt stattgehabten Beweisaufnahme erachtete es das  
Gericht als festgestellt, daß der Angeklagte sich lebhaft bemüht hat,  
Zivilisten und Militärpersonen dazu aufzufodern, sich mit ver-  
einigen Kräften in den Besitz der Waffen und der Munition zu  
setzen. Er ist dem Oberleutnant Brenneisen mit Gewehr und ge-  
ladenerem Revolver entgegengetreten, um ihn zur Herausgabe zu  
zwingen, und nur dem energischen Auftreten des Offiziers war es  
zu danken, daß der Angeklagte seinen Zweck nicht erreichte. Als  
die von ihm aufgeputzten Soldaten wieder zur Vernunft kamen,  
ist er teilweise gewalttätig gegen einzelne vorgegangen und hat  
dem einen die Achselkuppe abgerissen. Der Vertreter der Anklage  
beantragte 2 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte aber auf vier  
Jahre Zuchthaus, da es dem Angeklagten, der sich in  
schwerster Weise vergangen, für den geistigen Urheber des ganzen  
Putzes hielt.

#### Bestohlene Hehle.

An eine Korbelle von Voccaccio erinnerte der Sachverhalt,  
welcher gestern in der Verhandlung eines umfangreichen Diebes-  
und Hehleprozesses zur Sprache kam. Angeklagt wegen  
schweren Diebstahls in mehreren Fällen war der Hausdiener Karl  
Eck, während sich der Bahnarbeiter Wilhelm Kaufmann,  
die Frau Helene Gerz, der Kaufmann Willi Henning, der  
Inspektur Georg Sternoth, der Kaufmann Rudolf Köhl  
und der Friseur Heinrich Köhl wegen einfacher bzw. gewerbs-  
mäßiger Hehleerei verantworten mußten. Der Angeklagte Eck  
wurde vor Gericht von dem Vertreter der Anklage als einer der  
stumpfsinnigsten Diebe bezeichnet, da er es fertig gebracht hatte,  
bei seinen eigenen Hehlern einzubringen und die  
dieser verkaufte gestohlene Ware wieder zu stellen. Hierbei be-  
diente er sich in Gemeinschaft mit seinem geisteskranken Bruder  
Emil folgenden Tricks. Er erklärte den zu behebenden Leuten,  
daß er ihnen Schweinefleisch liefern könne und kam dann auch  
mit einem schweren Reisefuß an, in welchem sich Emil Eck ver-  
steckt hatte. Des Nachts kroch dieser dann aus dem Koffer, postete  
alles Mitnehmenswerte ein und mit Hilfe seines Bruders wurde  
der Korb dann fortgeschafft. Neben diesen Diebstählen betrieb  
die Gebrüder Eck unter Äußerung des „Apocentivill“ und des  
„Paster-Baum“ größere Einbrüche, so bei der Firma Pollin u.  
Brink in der Köpenicker Straße, wo sie für 100 000 M. Beute  
stahlen. — Vor Gericht war Eck geständig, während die der Hehleerei  
angeklagten Personen jede Schuld bestritten. Das Gericht trat  
das Verfahren gegen diese Angeklagten ab. Gegen Eck lautete  
das Urteil auf 6 Jahre Gefängnis. Kaufmann und  
Frau Gerz wurden freigesprochen. Das Verfahren gegen  
Henning wurde auf Grund der Amnestie eingestellt.

Beim Streik der Straßenbahner in Berlin wurden in ver-  
schiedenen Stadtteilen die „wilden Fuhrwerke“ attackiert.  
Personen, die dabei festgehalten worden waren, standen dieser Tage  
vor Gericht. Das außerordentliche Kriegsgericht am Landgericht I  
verurteilte den 19-jährigen Werksmohr Wilh. Pleßon zu  
3 Monaten Gefängnis und den 46-jährigen Maurer Paul Thoma zu  
6 Wochen Gefängnis.

Ture Kirichen hatten bei Beginn der Kriegszeit in Berlin  
die Veranlassung zu Straßentrüben gegeben. Die damals vor-  
genommenen Ausschreitungen gegen Obsthändler  
werden jetzt abgeurteilt. Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht  
am Landgericht I mußten der Zigarrenarbeiter Wilh. Wade und  
der Straßenbahnkassierer Friedr. Wurtz sich verantworten auf  
die Anklage, in der Andreaskirche die Menge gegen einen Händler  
aufgereizt zu haben durch den Ruf, sie sollte den Wagen um-  
stürzen, dann würden die Kirichen billiger werden. Beide wurden  
zu je 6 Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt.

### Aus aller Welt.

#### Zum Flugzeugbrand in Oberschlesien.

Das unweit Nauden in Oberschlesien verunglückte Flugzeug  
war nicht ein polnisches, sondern ein Hiesensflugzeug deutscher  
Bauart mit 1800 Pferdestärken, das zur Verfügung der ukrai-  
nischen Regierung stand.

Die acht Insassen, darunter zwei Offiziere der ukrai-  
nischen Armee, sind tot. Die Ursache des Unglücks war bisher nicht  
zu ermitteln. In dem Flugzeug befand sich nicht russisches Geld,  
sondern vielmehr ukrainische Staatspapiere und Dokumente.

### Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Entwurf läßt man einen Buchstaben  
und eine Nummer bei. Briefliche Anstöße sind nicht erlaubt. Einige An-  
fragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof  
untere links, vor. Schriftstücke und Beiträge sind mitzubringen.

E. H. 97. 1. bis 2. Einen gefälligen Hinweis auf Ursprung hem-  
treten Sonntag hat das Mädchen nicht. Die Fragen unterliegen bei freien  
Veränderung bzw. der Einwirkung durch die Organisation. — H. S. 100.  
1. Eine Abrechnungsumme kann ergriffen werden. 2. Diebstahl. 3. Bis  
zu 1000 bei Witwen von Pommern, bis zu 1250 bei Witwen von Unter-  
offizieren, bis zu 1500 Pf. bei Witwen von Feldwebeln usw. — M. S. 100.  
Wenden Sie sich an die Postenstellen-Kommission, Reichstr. 12,  
Bundesplatz Str. 6. — C. S. 32. Wenden Sie sich bei bedauerlichen An-  
des Kriegsministerium. — H. S. 27. 1. Falls der Kadeweis erbracht  
werden kann, daß das Mädchen innerhalb der Empfängerzeit mit mehreren  
Männern Verkehr gehabt hat, besteht keine Zahlungspflicht. 2. Nichter-  
nung des sächlichen Gehens des Kindes, in dem das Kind ertrunken wird. —  
H. S. 60. Ein Gehalt auf Wiederbeschaffung wäre beim Vorhandensein der  
Veranlagungs-Kommission anzufragen. Erhalten aber ausdrücklich. —  
C. S. 21. Der Grundstücksüberlassungsvertrag scheint nicht anzufahrt-



